

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nitzsche, Berlin.
Telefon: Amt Dönhofs 4100/4105



Adresse für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 31, Belle-Alliance-Platz 6
Druckerschrift: Gopelhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückgabe spätestens 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Februar 1932.

Int. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Das Ruhröl.

Die Munition der Nazis. - Ihr "Endkampf gegen die Demokratie". - Und was wir dazu sagen.

SPD. Die Partei des Faschismus beginnt mit der Wahlpropaganda. Die Propaganda geht gegen Hindenburg, für wen sie aber positiv geführt wird, darüber wird noch beraten, geschoben, gekuhandelt.

Ueber den Inhalt dieser Propaganda ist sich niemand im Zweifel. Der Hass und die schmutzige Verleumdung, die bisher das Wesen nationalsozialistischer Propaganda ausgemacht haben, werden auch in den bevorstehenden Wahlen ihren Inhalt bilden. Mehr Gewicht als auf den Inhalt legt die Partei des Herrn Hitler auf den Umfang. Herr Hitler selbst hat sich des Geldes der Schwerindustrie versichert und das Geld der Schwerindustrie, so scheint er zu glauben, wiegt stärker als der Wille des Volkes. Deshalb hat er auch in einer Rede in Düsseldorf den Wahlkampf eröffnet mit der Parole: "die Demokratie muss vergehen". Das ist leicht begreiflich. Wer der Bundesgenosse der schwerindustriellen Reaktion ist, hat das demokratische Recht des Volkes zu fürchten.

Beim Beginn des Wahlkampfes nehmen Hitler und seine Leute den Mund kräftig voll. Am Ende werden sie dann dafür etwas anders reden müssen. Hitlers Reichspropagandaleiter, Herr Goebbels, rühmt in grosspurigen Aufrufen seine Wahlmaschine und dabei sich selbst. Er rühmt, dass die nationalsozialistische Wahlmaschine frisch geölt sei. Es ist Ruhröl, das in diese Maschine geflossen ist, es sind die Millionen, die die schwerindustriellen Scharfmacher durch die Lohnkürzungen erspart haben!

Die Partei des Faschismus und der Reaktion offenbart bereits beim Beginn des Kampfes ihr putschistisches Wesen. Sie kündeten an, dass der Kampf gegen Hindenburg den Endkampf, eine endgültige Auseinandersetzung darstelle und Hitler selbst hat dazu das Stichwort gegeben: den Endkampf gegen die Demokratie. Rechtlich geht es bei der Reichspräsidentenwahl darum, einen neuen verfassungsmässigen Reichspräsidenten zu wählen. Für die Nationalsozialistische Partei handelt es sich jedoch darum, an die Stelle eines verfassungsmässigen Reichspräsidenten einen Reichspräsidenten des Staatsstreiches zu setzen. Das ist der Wunschtraum des deutschen Faschismus. Die grossen und geschwellenen Worte aber lassen sich schlecht vereinbaren mit dem Bilde, das die faschistischen Parteien heute darbieten. Wie das durcheinander läuft, wie da gekuhandelt und hinter den Kulissen geschoben wird! Die Gegner der Demokratie, die auf den Führergedanken schwören, wissen bei diesem Endkampf, bei dieser endgültigen Auseinandersetzung mit der Demokratie noch nicht, wer nun für sie Führer ist und sein soll. Es menschtelt bei den Nationalsozialisten wie bei den Deutschnationalen und im Stahlhelm. Die Herren Seldte und Düsterberg wollen von Hitler nichts wissen, in dem sie nur eine Art von politischen Parvenüs erblicken. Hugenberg wieder sieht in Seldte und Düsterberg nur Werkzeuge und in Hitler den dummen Kerl, den er schon übers Ohr hauen wird. Hitler wieder ist von seinen Hintermännern, den Frick, Strasser, Goebbels und Röhm mit Grössenwahn aufgebläht worden wie ein Gummiballon mit Luft, aber nur, weil seine

Hintermänner glauben, ihn damit am leichtesten zum Platzen und sich selbst an die Führung und in den Besitz der Kassen zu bringen.

So sieht es im Lager der faschistischen Organisationen aus, die sich jetzt mit grosspurigen Redensarten aufblasen. Sie werden ihr blaues Wunder erleben! Diese Putschisten, die mit Leichtigkeit das radikalisierte Spiessbürgertum aufgefangen haben, geben sich der Illusion hin, dass man das ganze deutsche Volk mit geschwellenen Phrasen ebenso leicht einfangen könne, wie die Spiessbürger, die bisher der Wirtschaftspartei und ähnlichen Gruppen nachgelaufen waren. Von den wirklichen Volkskräften, von der festgeschlossenen politisch-republikanischen Tradition auf der Linken haben diese politischen Abenteurer keine Ahnung. Sie stehen einem ersten Zusammenschluss des Widerstandswillens gegen den Faschismus, den die Eiserne Front offenbart hat, mit Verblüffung gegenüber. Dieser Zusammenschluss und die Aktivität, die die Eiserne Front entwickelt hat, ist erst noch in den Anfängen. Er wird ins Gigantische anwachsen, wenn bei den kommenden grossen Wahlauseinandersetzungen die Fronten erst in Gefechtsberührung miteinander kommen! Dann werden die politischen Abenteurer, die die Demokratie vernichten wollen, erkennen, dass die Demokratie in Deutschland nicht nur auf dem Papier steht, sondern dass es eine lebendige Demokratie gibt, an deren unerschütterlichen Willen sie sich die Köpfe einstossen werden!

Die Faschisten setzen ihre Hoffnung auf das Ruhröl, das ihre Propagandamaschine schmiert - die Kräfte der lebendigen Demokratie aber setzen ihr Vertrauen auf die Festigkeit der demokratischen Ueberzeugung, die aus politischer Erkenntnis und Erfahrung herausgewachsen ist. Sie vertrauen nicht auf die Propagandaphrase, sondern auf die Einsicht des Volkes. Die Kerntuppen der Republik in Deutschland sind Kernholz, das nur schwer in Brand gerät, wenn es sich aber einmal im Kampfe entflammt, dann brennt es umso heller und umso heisser! Und wehe den Gegnern der Demokratie, die sich daran die Finger verbrennen werden!

In diesem Kampfe, der nun anheben wird, gibt es kein Abseitsstehen! Das gilt nicht nur für jeden Einzelnen im Volke, das gilt vor allem auch für die Reichsregierung! Sie muss ihre Position wählen, sie muss sich eingliedern, und sie muss selbst aktiv werden! Denn wer in diesem Kampfe untätig beiseite stehen will, der ist von vornherein politisch tot!

SPD. Breslau, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch wurde in Bankau Kreis Kreuzburg eine neue schwere Bluttat von Nationalsozialisten verübt.

Ein nationalsozialistischer Sturmtrupp fuhr im Auto nach dem benachbarten Bankau, wo sie Strassenpassanten nach der Wohnung des Kommunisten Adamietz fragten. Als schliesslich ein Auflauf entstand, schlugen die Nationalsozialisten auf die sich ansammelnde Menschenmenge ein. Im gleichen Augenblick kam der Landarbeiter August Bassy mit seiner Frau über die Strasse. Die Nazis erkannten ihn und stürzten sich auf ihn. Bassy flüchtete in die in der Nähe gelegene Wohnung seines Vaters. Die Nationalsozialisten verfolgten ihn, schlugen Fenster und Türen der Wohnung ein und drangen in das Haus des Vaters von Bassy ein. Als der Vater sich den Eindringlingen in den Weg stellte, wurden mehrere Schüsse auf ihn abgefeuert, sodass der alte Bassy schwer verletzt wurde. Der junge Bassy war unterdessen in die elterliche Schlafkammer geflüchtet. Auch hier drangen die Nationalsozialisten ein und streckten August Bassy durch mehrere Schüsse nieder. Er war sofort tot.

SPD. Paris, 17. Febr. (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik hat am Mittwoch mit zahlreichen Parlamentariern über die Lösung der Kabinettskrise beraten. Er empfing die Vorsitzenden und Berichterstatter der Finanzkommissionen des Senats und der Kammer, die Vorsitzenden der verschiedenen Parlamentsfraktionen, darunter den radikalen Senator Bienvenu Martin, die Abgeordneten Herriot, Léon Blum, Louis Marin, der sozialistischen Senator Reboul, die Abgeordneten Guernut (unabhängige Linke), Franklin-Bouillon und Chabrun.

Die Mehrzahl der vom Präsidenten befragten Parlamentarier sprach sich für ein Kabinett der Konzentration oder der Versöhnung aus, dem nur die Aufgabe zu fallen solle, ein Wahlgesetz und das Budget zu verabschieden. Nach den Wahlen soll es sofort zurücktreten. Léon Blum äusserte sich über seine Unterredung mit dem Präsidenten folgendermassen: "Ich habe den Präsidenten auf zwei Punkte hingewiesen, einen im Namen meiner Freunde, den anderen in meinem persönlichen Namen. Ich habe zunächst erklärt, dass die sozialistische Partei weiter nichts als freie Wahlen an einem freien Datum und unter einem normalen Regime verlangt. Ich habe dann die Meinung ausgedrückt, dass ein auf dieser Basis gebildetes Kabinett in der Kammer keiner Gefahr ausgesetzt sein würde."

Den Standpunkt der Mehrheitsparteien in der Kammer brachte der Abgeordnete Marin zum Ausdruck, der nach der Unterredung mit Doumer erklärte: "Wir haben gemeinsam die Mittel gesucht, die schnell zu einer Lösung der Krise führen können. Dabei muss die Verfassung respektiert werden, die verlangt, dass die Regierung ein Abbild der Kammermehrheit ist. Es muss jedoch auch der Konflikt zwischen der Kammer und dem Senat beseitigt werden, obgleich der Senat am Dienstag alles getan hat, um ihn zu verschärfen. Die Kammermehrheit ist mehr als je entschlossen, dem Wohle des Landes zu dienen und sich nicht von der Regierung verdrängen zu lassen".

Herriot, der nach der Rücksprache mit dem Präsidenten der Republik der Kammerfraktion Bericht erstattete, erklärte, er habe Doumer geraten, an eine Persönlichkeit zu appellieren, die eine Regierung der Versöhnung und Neutralität bilden soll. Die Aufgabe dieser Regierung bestehe darin, eine die Grundsätze des allgemeinen Wahlrechts achtende Wahlreform und das Budget verabschieden zu lassen. Dieses Ministerium, das vor allem aus Senatoren zu bilden wäre, solle die Wahlen in einem Geiste strengster Unparteilichkeit durchführen und dann seine Demission geben. Diese Erklärung wurde von der radikalen Fraktion gebilligt.

SPD. Genf, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

An der Generaldebatte der Abrüstungskonferenz beteiligten sich am Mittwoch die Vertreter Oesterreichs, Finnlands, Rumäniens und Estlands mit Erklärungen zur entgegenkommenden Verhandlung über alle Vorschläge.

Als neuen Beitrag zur Organisation des Friedens schlug der Finne Koskinen den Abschluss von Verträgen vor, in denen an den Grenzen von allen Staaten neutrale Zonen errichtet werden sollen. Gegen den französischen Vorschlag einer internationalen Armee nahm der Finne sehr deutlich Stellung. Rumäniens Aussenminister Ghika bewogte sich ganz in den französischen Gedankengängen, begrüsst den Vorschlag einer internationalen Armee und schloss sich dem Wunsche Polens an, die wirtschaftliche Kriegsmacht in die Konvention einzubeziehen. Gesandter Pflugel-Oesterreich wies auf die harten Abrüstungsbestimmungen des Vertrages von St. Germain hin und machte sich alle Anträge zu eigen, die sich auf eine möglichst starke Herabsetzung aller Rüstungen, auf eine internationale Kontrolle, das Verbot aller Angriffs- und chemischer Waffen, Luftbombardements und Schutz der Zivilbevölkerung beziehen.

SPD. Die Kommunisten haben im Reichstag einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Brüning eingebracht. Die Nazis und Deutschnationalen werden ebenfalls Misstrauensanträge gegen die Gesamtregierung und gegen einzelne Minister, wie Groener, einbringen. Der Antrag gegen Groener verfolgt lediglich den Zweck, der Sozialdemokratie Schwierigkeiten zu bereiten.

SPD. München, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei in München erklärte der Führer des badischen Zentrums, Reichstagsabgeordneter Dr. Föhr-Freiburg, unter stürmischem Beifall der Massenversammlung über die Not des deutschen Südens u.a.:

Gerade augenblicklich zeige sich wieder, dass die süddeutschen Länder in besonderem Masse Garanten der Staatsordnung sind. Die drei süddeutschen Länder würden bei einer etwaigen Gefährdung der Ordnung restlos auf dem Posten sein. Darauf könne sich die Reichsregierung verlassen. Das dürfte sich auch der Radikalismus gesagt sein lassen. Wenn er die Staatsordnung bedrohe, so werde er im ganzen deutschen Süden auf erbittertsten Widerstand und zäheste Verteidigung der Rechts- und Staatsordnung stossen.

SPD. Darmstadt, 17. Februar (Eig. Dr.)

Im Hessischen Landtag kam es am Mittwoch zu unwürdigen Szenen. Die Sitzung wurde deshalb unterbrochen.

Als der Landtag eröffnet wurde, lagen auf den Plätzen der Abgeordneten schwarzgeränderte Flugblätter mit dem Titel: "Zwei Jahre Nazimord". Die Nationalsozialisten zerrissen die auf ihren Plätzen liegenden Flugblätter. Der Nazi-Präsident rügte deren Niederlegung als nicht den Gepflogenheiten des Hauses entsprechend.

Der Nazi-Abgeordnete Lenz gab eine Erklärung ab, nach der er in Bretzenheim bei Mainz 30 Nazis bei der Verteilung von Einladungszetteln für eine Versammlung von 400 Kommunisten mit Schüssen und gefährlichen Werkzeugen überfallen worden seien, ohne dass die Polizei eingeschritten sei. Die "seit dem 11. Dezember 1931 verfassungsvidrige" Amtstätigkeit des Innenministers Leuschner treibe in den Bürgerkrieg hinein. Die Regierung sei nicht mehr Herr der Lage. Reichsaufsicht sei geboten. Bis zur Sicherstellung des öffentlichen Schutzes fordere die NSDAP ihre Mitglieder auf, zu ihrem eigenen Schutze in jeder Weise von dem Notwehr- und Notstandsrecht der geltenden gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch zu machen.

Der Abgeordnete der Kommunistischen Opposition Galm wurde von den Nazis mit dem Zuruf "Ein Staatenloser" empfangen. Galm quittierte mit einem Hinweis auf die Staatenlosigkeit Hitlers. Er schäme sich nicht, Sozialist oder Kommunist zu sein. Aber angesichts der Aufforderung des Abgeordneten Lenz zum Bürgerkrieg schäme man sich, hessischer Landtagsabgeordneter zu sein.

Ehe Galm seine Ausführungen beendet hatte, stürmten die Nazis geschlossen gegen die Rednertribüne vor. Auch die Linke begab sich nach vorn, sodass ein Tumult entstand, der zu einem Handgemenge zu werden drohte. Der Nazi-Präsident stand der Situation machtlos gegenüber. Er wusste keinen anderen Ausweg als seinen Sitz zu verlassen. Unterdessen strömten die nationalsozialistischen Tribünenbesucher in die Wandelgänge. Ein Hitlerianer rief dem Innenminister zu: "Leuschner, was hast Du hier überhaupt noch zu suchen!" Im gleichen Augenblick erschien Polizei in Uniform im Türrahmen, was auf der Rechten zu scharfen Protestrufen führte. Der Nazi-Präsident verhandelte mit den Beamten und schloss dann die Sitzung für eine Stunde.

In der neuen Sitzung wurde der Abgeordnete Ross (KPD) wegen des Aus-

drucks "Nazibanditen" zur Ordnung gerufen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Zinnkamm protestierte gegen die Erklärung des Naziabgeordneten Lenz in der voraufgegangenen Sitzung, in der dem Innenminister die Begünstigung roter Bluttaten vorgeworfen worden sei. Den Innenminister forderte Zinnkamm auf, sich mit aller Schärfe des Gesetzes gegen jeden Versuch der von Lenz propagierten Illegalität zu wenden. Von dem Nazi-Präsidenten wurde eine unparteiische Geschäftsführung verlangt.

Innenminister Leuschner erklärte, dass in Bretzenheim 11 Personen als verdächtig verhaftet worden seien. Das beweise, dass die Polizei ihre Pflicht tue. Der Naziabgeordnete Lenz habe seine Parteifreunde unverhüllt zum Bürgerkrieg aufgefordert. Wenn alle Parteien ihre Mitglieder auffordern wollten, bei jeder Gelegenheit zur blutigen Selbsthilfe zu schreiten, so wäre der Bürgerkrieg da. Die Ordnung aber werde einzig und allein von den staatlichen Organen ausgeübt. Er warne deshalb jeden Staatsbürger, der etwa glaube, nach der Aufforderung des Abgeordneten Lenz den Weg der Selbsthilfe beschreiten zu können.

SPD. Braunschweig, 17. Febr. (Eig. Dr.)

Die Mittwochsitzung des braunschweigischen Landtags gestaltete sich durch die skandalöse Geschäftsführung des Nazipräsidenten Zörner und durch die von ihm unterstützten Provokationen der Nationalsozialisten äusserst stürmisch. Zweimal innerhalb kurzer Zeit flog die Sitzung auf. Es hagelte Ordnungsrufe, aber nur gegen links. Die beiden KPD-Abgeordneten wurden von Zörner auf acht Sitzungen ausgeschlossen. Damit ist der brüchigen Regierungskoalition eine Mehrheit verschafft worden, zumal der jungdeutsche Abgeordnete Schrader, das Zünglein an der Wage der braunschweigischen Nazi-Regierung, erklärt hat, dem Misstrauensvotum gegen Klagges seine Zustimmung geben zu wollen.

Im Verlauf der Sitzung kritisierte der sozialdemokratische Redner Dr. Jasper anlässlich der Etatsberatung das Fehlen jeder Hilfe der gegenwärtigen Regierung zur Beseitigung der Notlage der Gemeinden und zur Belebung des Bau- und Wohnungsbau. Für den Wohnungsbau habe die Naziregierung überhaupt nichts übrig. Die Unsicherheit im Lande Braunschweig, die besonders von den zahlreichen SA- und SS-Kasernen ausgehe, werde immer grösser. Aber die Geduld der Bevölkerung sei erschöpft, sie könne den blutigen Terror der Nazis nicht länger ertragen. Das vergossene Arbeiterblut komme auf das Konto des Ministers Klagges, der allem Anschein nach seine Ungesetzlichkeiten durch die Ernennung Hitlers zum Professor der Technischen Hochschule krönen wolle. Der Vorsitzende des Staatsministeriums solle klipp und klar erklären, ob derartige Pläne beständen.

Der deutschnationale Minister Kuchenthal hüllte sich in Schweigen. Statt seiner bestätigte der Vorsitzende der Nazi-Fraktion, der Abgeordnete Bertram, dass seine Partei die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig "mit aller Kraft" betreibe. Im übrigen beschimpfte dieser Nazi-Redner die Mitglieder der Eisernen Front als politische Strauchdiebe (!). Die Beschimpfung löste ungeheure Empörung auf den Tribünen aus.

In der Nachmittagsitzung brüllten die Nazis systematisch den KPD-Redner nieder, sodass dieser, von dem Nazi-Präsidenten in keiner Weise geschützt, sich schliesslich zur Beschimpfung des Präsidenten hinreissen liess. Er wurde deshalb von acht Sitzungen ausgeschlossen. Da die Tribünen in die Verhandlung eingriffen, flog die Sitzung schliesslich auf. Drohend standen sich die Abgeordneten der Linken und der Rechten im Sitzungssaal gegenüber. Nazi-Zörner pöbelte u. a. auch den sozialdemokratischen Abgeordneten Jasper an. Wiederum flog die Sitzung auf, als später der zweite KPD-Abgeordnete eine Erklärung gegen die parteiliche Geschäftsführung des Präsidenten abgab. Auch er wurde, da er weiter redete, von acht Sitzungen ausgeschlossen. Der Ausschluss wurde mit grossem Lärm auf den Tribünen begleitet. Jetzt stellte die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf sofortige Einberufung des Ältestenrates. Da

der Antrag abgelehnt wurde, verliessen die sozialdemokratischen Abgeordneten geschlossen den Saal.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte der jungdeutsche Abgeordnete Schrader, dass er für das Misstrauensvotum gegen Klages stimmen werde, weil dieser wie ein Wanderredner im Reiche herumziele und die meiste Zeit von Braunschweig abwesend sei statt sich um seine Geschäfte zu kümmern. Das wäre Pflichtvergessenheit.

SPD. Genf, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Appell des Zwölfer-Ausschusses an Japan ist am Mittwoch-Nachmittag veröffentlicht worden. Sein Ton ist ausserordentlich entschieden und ernst. Er verlangt endlich Erfüllung der Verantwortung Japans als Inhaber eines ständigen Ratssitzes und bedauert in unmissverständlicher Weise, dass Japan bisher als einzige Grossmacht nicht den Weg einer friedlichen Lösung eingeschlagen habe und alle Versuche zur friedlichen Lösung habe scheitern lassen.

"Die 12 Mitglieder, heisst es schliesslich an der entscheidendsten Stelle des Appells, rufen der Regierung von Japan in Erinnerung, dass nach Artikel 10 des Völkerbundespaktes jedes Mitglied sich verpflichtet hat, die Unversehrtheit des Territoriums und die politische Unabhängigkeit jedes anderen Mitglied unbedingt zu wahren und aufrechtzuerhalten. Sie haben das Recht, auf freundschaftlichste Weise die Aufmerksamkeit auf diese Bestimmung hinzulenken, von der besonders die Tatsache herrührt, dass keine Besitzergreifung, keine Verletzung der Unabhängigkeit auf territorialem sowie verwaltungsmässigem Gebiet eines anderen Mitgliedes des Völkerbundes im Gegensatz zu Artikel 10 niemals als gültig und tatsächlich von allen Mitgliedern des Völkerbundes anerkannt werden könnte."

Der Appell schliesst mit einem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit einer sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten.

SPD. Weimar, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Im thüringischen Landtag äusserte sich Innenminister Kästner am Mittwoch über die Ernennung Hitlers zum Polizeikommissar von Hildburghausen. Als er Fricks Verhalten zu rechtfertigen versuchte, fand Kästner insbesondere in den Reihen der Sozialdemokratie lebhaften Widerspruch. Schliesslich bekannte er sich unter dem Druck der Situation zu der Auffassung, dass Fricks Verhalten doch illoyal gewesen sei. Immerhin hätten sich die Beamten, denen Frick Schweigepflicht auferlegt habe, in keiner Beziehung rechtswidrig benommen.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Brill wies auf Grund des Beamtengesetzes und der erlassenen Verordnungen darauf hin, dass die Anstellung Hitlers als Gendarmeriekommissar in Hildburghausen eine Scheinanstellung gewesen sei und die beiden Beamten sich über die Rechtswidrigkeit der Handlung Fricks von vornherein hätten klar sein müssen.

Der volksparteiliche Abgeordnete Witzmann nahm die beiden Beamten, die Mitglieder der Deutschen Volkspartei sind, in Schutz. Frick habe die Beamten in eine schwierige Lage gebracht. Allerdings hätte er, Witzmann, anstelle der Beamten zu Frick gesagt: "Suchen Sie sich einen anderen Beamten oder schreiben Sie das selber nieder. Ich lehne das ab!" Eine Parteibuchwirtschaft, wie sie von den Nationalsozialisten betrieben werde, lehne die Volkspartei ab. In ihrer Agitation seien die Nationalsozialisten gross, in ihrer praktischen Arbeit dagegen bitter klein. Das bewiesen auch die Auseinandersetzungen im Landtag. Die Nationalsozialisten leisteten hier keinerlei positive Mitarbeit. Auch während der Tätigkeit Fricks als Minister in Thüringen sei von den Nationalsozialisten irgendwelche positive Arbeit nicht geleistet worden.

SPD. Genf, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Zwölfer-Ausschuss des Völkerbundsrats befasste sich am Mittwoch-Nachmittag mit einem neuen Verzögerungsmanöver Japans gegen die Einberufung der Völkerbunds-Vollversammlung.

Tokio hat neuerdings Bedenken erhoben, ob ein bedingter Antrag auf Einberufung der Völkerbundsversammlung, wie China ihn gestellt hat, juristisch gültig sei. Aus diesem Grunde sollte zur Prüfung der japanischen Bedenken ein Komitee aus sieben Juristen eingesetzt werden. Deutschland, das in diesem Komitee vertreten sein sollte, lehnte seine Beteiligung mit der Begründung ab, dass der deutsche Jurist Goepfert durch die Verhandlungen in der Memelfrage zu sehr beschäftigt sei und sich infolgedessen der Untersuchung nicht genügend widmen könne. Die wirklichen Gründe dieses merkwürdigen Verhaltens der deutschen Delegation sind unbekannt.

Als siebter Sachverständiger wurde anstelle Deutschlands ein polnischer Jurist in das Komitee gewählt.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Direktoren der Schultheiss-Patzenhofer A.G. versuchten am Mittwoch eine Anzahl Leumundszeugen den Angeklagten Generaldirektor Dr. Sobernheim reinzuwaschen. Besonders bemühte sich der "persönliche Adjutant" Sobernheims, Direktor Exner, um seinen in prekärer Lage befindlichen Chef.

Auf die Frage, wie die Berichte der Revisionskommission im Büro des Generaldirektors behandelt worden seien, muss der "Adjutant" Exner allerdings bekennen, dass sich Sobernheim allein für jene Berichte interessiert habe, die Brauerei-Interessen, also sein persönlichstes Arbeitsgebiet, angingen. In den Aufmarsch der Leumundszeugen platzte dann eine sehr peinliche Frage des Staatsanwalts an Generaldirektor Kuhlmay, ob es stimme, dass er bei Eintreten der Schwierigkeiten sein eigenes Schultheiss-Depot in Höhe von 300 000 Mark ohne Einhaltung der Kündigungsfrist abgehoben habe. Weiter fragt der Staatsanwalt, ob er nicht darüber hinaus sehr energisch verlangt hätte, dass die Rückzahlung seiner Einlage vor allen anderen Forderungen den Vorzug bekomme. Kuhlmay bestreitet das, muss aber zugeben, dass er 300 000 Mark, die er, wie er angibt, als "tägliches Geld" bei der Nordhefe angelegt hatte, zurückgezogen hat. Sein zahlenmässig höheres Depot bei Schultheiss habe er jedoch stehen lassen. Zu einem weiteren interessanten Disput kommt es, als die Staatsanwaltschaft mitteilt, dass Sobernheim und Katzenellenbogen im Jahre 1929 aus einem Aktiengeschäft einen grossen Steuerbetrag hinterzogen haben sollen... Katzenellenbogen gibt zungewandt eine Erklärung ab, nach der es sich angeblich um keine Hinterziehung, sondern mehr um einen Streit mit dem Finanzamt gehandelt hat, bei dem man bis zum Reichsfinanzministerium gegangen sei. Schliesslich sei ein Kompromiss zustande gekommen. Als ein Verteidiger Dr. Sobernheim fragt, ob man ihn in dieser Sache in eine Steuerstrafe genommen habe, erklärt der Angeklagte: "Das nicht, es hat nur eine Teilnachzahlung stattgefunden."

In der Nachmittagsverhandlung wird der Geschäftsführer Tänzer nochmals vernommen, der über die verschiedenen ungeklärten Geschäfte der Gesellschaft Auskunft geben soll. Eine lebhafte Debatte entspinnt sich bezüglich eines Kontos Tänzers, das man ihm ohne sein Wissen eingesetzt hatte. Als der Vorsitzende ironisch fragt, wer denn der unerwartete Wohltäter gewesen sei, kann der Zeuge keine Antwort geben. Katzenellenbogen sucht dieses mysteriöse Konto weitschweifig zu erklären, gibt jedoch ebenfalls keine befriedigende Auskunft.

SPD. London, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch wurden in Schanghai zwei Matrosen des englischen Kreuzers "Suffolk" durch ein Schrapnell so schwer verletzt, dass sie bald darauf starben. Das Geschoss galt vermutlich einem naheliegenden japanischen Schiff. Der englische Konsul in Schanghai hat im Auftrage seiner Regierung gegen das Vorkommnis bei den chinesischen Behörden protestiert. Auf diplomatischem Wege beabsichtigt England von China Entschuldigung und Entschädigung zu fordern. Die Chinesen werden demgegenüber auf den Missbrauch der internationalen Zone durch Japan als militärischen Stützpunkt hinweisen. Was weiter geschieht, bleibt unklar.

Am Mittwoch fielen in den internationalen Teil von Schanghai insgesamt 45 Geschosse nieder. Mehrere Chinesen wurden getötet, viele verletzt. Nicht weit von der Einschlagstelle auf dem englischen Kreuzer ankert der Dampfer "Trier" des Norddeutschen Lloyd.

SPD. Frankfurt/M., 17. Febr. (Eig. Dr.)

In den Buderus-Werken in Wetzlar werden wegen Arbeitsmangel die Hochöfen und die Röhrengiesserei für etwa sechs Wochen stillgelegt. Durch diese Massnahme kommen rund 400 Arbeiter und Angestellte zur Entlastung.

SPD. Stuttgart, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Württembergische Landtag setzte am Mittwoch die Aussprache über die grosse Anfrage der Sozialdemokratie wegen der Haltung der politischen Abteilung des Stuttgarter Polizeipräsidiums fort. Von dem demokratischen Abgeordneten Johannes Fischer und dem sozialdemokratischen Redner Steinmayer wurde nochmals vernichtende Kritik an einzelnen Amtsvorgängen sowie an der gesamten Einstellung der Organe der Polizei geübt. In wirkungsvoller Weise wurde auch die Schwäche der Verteidigung der Polizei durch den Staatspräsidenten Bolz gekennzeichnet. Es blieb dem Redner des Bauernbundes und vor allem den Nationalsozialisten überlassen, durch heftige parteipolitische Angriffe gegen die Sozialdemokratie einen Versuch der Ablenkung von der Sache zu machen.

Die Aussprache wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

SPD. Von zuständiger Seite wird zu den nationalsozialistischen Übungen auf dem Truppenübungsplatz Döberitz bei Berlin folgendes mitgeteilt:

Der Tatbestand ist, dass die Erlaubnis, an Sonntagen den Truppenübungsplatz Döberitz zu sogenannten Geländespielen zu benutzen, nur unpolitischen Verbänden erteilt wird. Auf die Nachrichten, dass es sich bei dem "Volkssportverein" um getarnte Nationalsozialisten unter Führung des Grafen Helldorf gehandelt habe, ist eine Untersuchung an Ort und Stelle von Vertretern des Reichswehrministeriums, des preussischen Ministeriums des Innern und des zuständigen Landratsamtes gemeinsam eingeleitet worden. Sie hat zu der Feststellung geführt, dass der "Verein für deutschen Volkssport" dort keine militärische Ausbildung getrieben hat. Ob dieser Verein als nationalsozialistisch anzusehen ist, soll die weitere gemeinsame Prüfung durch die drei genannten Stellen ergeben. Sollte sich dieser Verdacht bewahrheiten, dann wird die Erlaubnis zur Benutzung des Geländes sofort widerrufen werden.

SPD. Köln, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Von der katastrophalen Notlage der Stadt Köln und anderer rheinischer Gemeinden zeugt die Tatsache, dass eine Konferenz der rheinischen Wohlfahrtsdezernenten in Düsseldorf beschlossen hat, eine neue Kürzung der Barunterstützungen für die Wohlfahrtserwerbslosen um insgesamt über 10 Prozent in zwei Etappen vorzunehmen.

In einer amtlichen Erklärung der Kölner Stadtverwaltung zu der Finanznot der Gemeinden heisst es u.a., dass, um die Wohlfahrtserwerbslosen befriedigen zu können, Rechnungen bei den städtischen Kassen unbezahlt liegen bleiben, Anleihezinsen seit Monaten rückständig sind, die Gemeindebeamten ihre Gehälter in kleinen Bruchteilen und tagelang nach den Fälligkeitszeiten erhalten, Fonds, die zu anderen Zwecken angesammelt wurden, angegriffen, Staatssteuern nicht abgeliefert, Krisenfürsorge und Kreissteuern nicht gezahlt werden können.... Es ist aber auch bei den noch ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den in gleichem Masse zurückgehenden Steuermassnahmen, selbst wenn, wie bisher, alle sonstigen Ausgaben zurückgestellt werden, mit Gewissheit vor auszusehen, dass die Gemeinden in kürzester Frist selbst die fälligen Zahlungen an die Wohlfahrtserwerbslosen nicht mehr werden leisten können."

SPD. Der Rechtsausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch mit 15 Stimmen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Christlichsozialen und der Kommunisten den sozialdemokratischen Antrag zur Neuregelung der Fürstenrenten an.

In dem Antrag wird verlangt, dass die auf Grund von Urteilen, Vergleichen Verträgen oder Landesgesetzen von einem Land an das vormals regierende Fürstenhaus zu entrichtenden dauernden Leistungen entsprechend der Veränderung der wirtschaftlichen Voraussetzungen in Anwendung der Grundsätze der Notverordnung vom 24. August 1931 herabgesetzt werden können. Zur Entscheidung über das Ausmass der Herabsetzung soll eine Reichsschiedsstelle beim Reichsinnenministerium gebildet werden, in die von diesem Ministerium sowie vom Reichsjustiz- und Reichsfinanzministerium je ein Mitglied entsandt werden soll.

Zwei kommunistische Anträge auf entschädigungslose Enteignung aller Vermögen, die den Fürstenhäusern durch Urteil oder Vertrag oder auf Grund sonstiger Auseinandersetzungen zugesprochen worden sind, wurde abgelehnt. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Leistungen an die Fürstenhäuser sofort einzustellen und die Auseinandersetzungen mit ihnen neu zu regeln, wurde mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

SPD. München, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Asta an der Universität München hat beschlossen, am Donnerstag eine Kundgebung für die Wiederwahl Hindenburgs zu veranstalten. Aus Protest gegen diesen Beschluss legten die Nationalsozialisten ihre Ämter im Asta nieder und verliessen den Saal. Kurz nach der Abstimmung kehrten sie jedoch zurück und machten durch lärmende Kundgebungen weitere Verhandlungen des Ausschusses unmöglich.

SPD. Karlsruhe, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Badischen Landtag kam es am Mittwoch nach Schluss der Vormittagssitzung zu einer schweren Schlägerei.

Im Verlaufe der Besprechung einer förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten über Parteibuchbeamte war auch auf die Schiebungen in Thüringen und

Braunschweig hingewiesen worden, wo Hitler zum Parteibuchbeamten befördert wurde bzw. noch befördert werden soll. Zugleich wurde auch auf die Desertion Hitlers aus Österreich angespielt. Der Gauleiter der Nationalsozialisten brüllte deshalb in den Saal, wer Hitler als Deserteur bezeichne, sei ein Lump, ein Schwein, ein Dreckschwein. Ein Zentrumsabgeordneter wandte sich in einer persönlichen Erklärung gegen diese Beschimpfungen. Darauf stürzte sich der Nazi-Abgeordnete Kraft auf den Abgeordneten des Zentrums und versetzte ihm einige wuchtige Schläge ins Gesicht, sodass er blutete. Beide wälzten sich auf dem Boden. Auch andere Abgeordnete gerieten aneinander und schlugen aufeinander ein. Nur unter grösster Mühe gelang es besonnenen Abgeordneten die Streitenden zu trennen.

SPD. Köln, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Eine sechswöchige Aussperrung der Arbeiter im Heizungsgewerbe in Köln hat jetzt mit einem vollen Erfolge der Arbeiter geendet.

Der Arbeitgeberverband der Metallindustrie hatte die Absicht, die Heizungsmonteure unter den ungünstigen Tarif der Metallindustrie zu zwingen. Sie wollten durch ein Lohndiktat den Lohn von 1,48 auf 1,10 Mark senken. Jetzt ist vor dem Schlichter für das Rheinland ohne Mitwirkung des Arbeitgeberverbandes mit den Firmen direkt eine Vereinbarung getroffen worden, nach der der Lohn auf Grund der Notverordnung auf 1,30 Mark die Stunde festgesetzt wird. Der Angriff der Unternehmer ist also abgeschlagen.

SPD. Stuttgart, 17. Februar (Eig. Drahtb.)

Eine Illustration zur Praxis des Stuttgarter Polizeipräsidiums liefert die letzte Nummer des Stuttgarter Naziblattes. In diesem Blatt, das trotz seiner Schmähungen gegen den Reichspräsidenten und den Reichskanzler die Stuttgarter Zensur ungehindert passieren durfte, heisst es, dass die nationalsozialistische Parole lautet: "Gegen Hindenburg als den Schildträger des Brüning-Systems"; das "das Brüning-System ist das System des 9. November.... Es ist das morsche und alte, das mit Meineid und Hochverrat hochgekommene Partei-system des 9. November 1918."

Diese Infamie darf sich das Hakenkreuz mit Genehmigung der gleichen Polizeibehörde leisten, die die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" wegen zwei verhältnismässig harmloser Worte sofort beschlagnahmte.

Aus aller Welt

Das Parfüm des Mörders.

Elianes Ende - Das Taschentuch neben dem Leichnam - Ein verbüteter Justizirrtum

SPD. Paris, Mitte Februar (Eig. Ber.)

Madame Eliane, eine Königin der Pariser Nacht, wurde in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Der Leichnam wies mehrere Dolchstiche auf. Innerhalb einer Woche gelang es der Polizei, den Schuldigen dem Untersuchungsrichter vorzuführen. Sorgfältige kriminalistische Arbeit war notwendig gewesen, um den Mörder zu fassen.

Der Millionärsfriedhof.

Madame Eliane - sie wurde immer nur mit ihrem Vornamen genannt - war eine jener Französinen, wie sie Zola meisterhaft in seinem Roman "Nana" schilderte. Sie war eine bestrickende rotblonde Schönheit. Dutzende von vermögenden "Herren der Gesellschaft" hatten sich wegen dieser Frau in Unglück und in Schulden gestürzt. Madame Eliane lächelte nur über den Millionärsfriedhof, den sie hinter sich liess. Sie liebte diese Form der Reklame, sie machte sie noch begehrenswerter. Durch allerhand Exzentrizitäten suchte die schöne Frau die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Oft sah man sie in mondänen Tanzlokalen mit einer zahmen Schlange um den Hals. Es sollte eine Giftschlange sein. (Die Eingeweihten wussten, dass dem Tier längst die Giftzähne herausgebrochen waren.)

Man kann sich die Sensation vorstellen, die die Kunde von der Ermordung dieser galanten Dame in der Pariser Lebewelt hervorrief. Der Mord geschah unter geheimnisvollen Umständen. Als eines Morgens die Milchfrau an der Wohnungstür Madame Elianes klingelte, öffnete niemand. Beunruhigt liess die Frau einen Schlosser kommen. Die Tür wurde aufgebrochen. Es bot sich ein Bild des Grauens. Auf ihrem Bett lag die schöne Frau ermordet. Vom Täter fand man keine Spur. Der untersuchende Polizeibeamte machte jedoch eine sonderbare Entdeckung. Neben der Leiche lag ein Taschentuch. Es trug kein Monogramm. Aber ein fremdartiges Parfüm entströmte ihm...

Von Laden zu Laden.

Die Ermittlung des Täters stellt ein Meisterwerk der Kriminalistik dar. Ein Detektiv ging von Parfümgeschäft zu Parfümgeschäft. Überall legte er das Taschentuch vor und fragte, ob das Parfüm von dem betreffenden Geschäft geliefert sei. In Dutzenden von Fällen fiel die Nachforschung negativ aus. Der Detektiv liess sich nicht entmutigen. Seine Sorgfalt wurde belohnt. Endlich kam er auch in einen Parfümerieladen, dessen Verkäuferin sich erinnerte, dieses Parfüm einmal auf Bestellung geliefert zu haben. Es war eine besonders seltene und kostbare Zusammenstellung. Nach dem Namen des Auftraggebers gefragt, holte die Verkäuferin ein Buch herbei. Zehn Kunden hatten das seltene Parfüm bezogen. Der Detektiv verabschiedete sich, nachdem er die Adressen notiert hatte. Er war mit dem Ergebnis zufrieden. Die Festnahme des Mörders war jetzt nur noch ein Kinderspiel. Jede der zehn Personen wurde genau beobachtet. Eine Reihe schied von vornherein bei dem Rennen um den Tod aus. Zuletzt blieben nur noch zwei. Einer davon war ein Eintänzer. Der andere der Sohn eines Fabrikanten.

Die verdächtige Abreise.

Es stellte sich heraus, dass der Eintänzer die ermordete Frau Eliane zu ihren Lebzeiten recht gut gekannt hatte. Sie hatten oft in Nachtlokalen zusammen getanzt. Auch in der Wohnung der berühmten Herzensbrecherin war der junge Mann häufig gewesen. Auf seine Täterschaft in dem Mord zu schliessen, lag

nahe. Schon war der Detektiv dabei, den Eintänzer wegen Mordes zu verhaften, als ein unvorhergesehener Umstand einen schlimmen Irrtum verhütete. Der andere Verdächtige, der Fabrikantensohn, hatte sich wahrscheinlich beobachtet gesehen und Verdacht geschöpft. Er hatte überstürzt Paris verlassen. Das sah aus wie ein Schuldbeweis. Als einer der Hilfsdetektive dem leitenden Beamten von der Flucht des jungen Mannes Mitteilung machte, sah der Detektiv von der Verhaftung des Eintänzers einstweilen ab. Dafür wurden alle Grenzstationen benachrichtigt, den flüchtigen Fabrikantensohn sofort anzuhalten. An der spanischen Grenze wurde er in einem Schlafwagenabteil festgenommen. Die dortigen Beamten sagten ihm den Mord auf den Kopf zu. Nach anfänglichem Leugnen legte der junge Mann ein Geständnis ab. Er hatte die Lebedame, die seine Geliebte gewesen war, aber nicht mehr sein wollte, aus Eifersucht umgebracht.

Der Mörder wurde nach Paris gebracht, wo er jetzt im Untersuchungsgefängnis seiner Aburteilung entgegensteht. Den bevorstehenden Schwurgerichtsprozess erwartet man in Paris mit grosser Spannung.

-D.-

+ + +

Neue Krassin-Fahrt. Der russische Eisbrücher "Krassin" hat von dem eisernen Archangelsk aus eine neue Polarreise angetreten.

+ + +

100 000 Mark-Gewinn. In der Mittwochziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf das Los Nr. 183 935 ein 100 000 Mark-Gewinn gezogen. Das Los wurde in der ersten Abteilung in Vierteln in Württemberg, in der zweiten in Achteln im Rheinland gespielt. Auf das Los Nr. 28 429 entfiel ein Gewinn von 75 000 Mark, der in beiden Abteilungen in Achteln gespielt wird. Der Gewinn kommt in der ersten Abteilung nach Hessen-Nassau, in der zweiten nach Bayern.

+ + +

Neue Fürsorgerevolte. In der preussischen Provinzialerziehungsanstalt Straussberg bei Berlin, einer Anstalt für schwererziehbare Jugendliche, brach eine schwere Revolte aus. Die Anstaltsleitung holte Polizei zu Hilfe. Zehn Zöglinge wurden festgenommen. Die Ermittlungen über die Ursache der Tumulte sind noch nicht abgeschlossen.

+ + +

"Goethe lebt!" Unter der künstlerischen Oberleitung des Reichskunstwart Dr. Redslob wurden in diesen Tagen die Aufnahmen zu dem offiziellen Goethejahr-Tonfilm "Goethe lebt" beendet. Der Film bringt hauptsächlich Bilder der denkwürdigen Goethestätten in Frankfurt und Weimar.

+ + +

Grossfeuer im Erzgebirge. In Geyer (Erzgebirge) wurde eine seit 50 Jahren bestehende Strumpffabrik durch Grossfeuer eingeäschert. Die 100 Mann starke Belegschaft wurde arbeitslos.

+ + +

Wo ist Gertrud Frenzel? Am 7. April soll Gertrud Frenzel, die Tochter des wegen Blutschande zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilten Bornimer Amtsvorstehers Frenzel, als Zeugin vor dem Potsdamer Amtsgericht aussagen. Der Potsdamer Termin findet im Rahmen eines Prozesses gegen einen Fahrradhändler Urban statt. Das Frenzel-Verteidigungskomitee hofft, dass sich hierbei eine Gelegenheit finden wird, die Unglaubwürdigkeit Gertrud Frenzels, auf deren Bekundungen die Verurteilung ihres Vaters beruhte, zu beweisen. Bei diesem Termin wird vermutlich auch die Öffentlichkeit und vor allem Frau Frenzel selbst zum ersten Mal erfahren, wo sich Gertrud Frenzel überhaupt aufhält. Der Potsdamer Arzt Dr. Stapenbeck, der Vormund Gertrud Frenzels, hat bereits seit mehr als einem Jahr das junge Mädchen an einem unbekanntem Ort unterbringen lassen. Selbst Frau Frenzel wurde das Recht verweigert, ihre Tochter zu sehen oder zu sprechen.

+ + +

Ein Matrose erstochen. Auf dem im Kieler Hafen liegenden japanischen Dampfer "Leihō Maru" kam es zwischen mehreren chinesischen Mitgliedern der Besatzung zu einer Messerstecherei. Ein chinesischer Matrose wurde erstochen, zwei erlitten schwere Verletzungen.

Der Südfrankreich-Kanal. In Frankreich wird lebhaft das Projekt des "Kanals der beiden Meere", der längs der Pyrenäen den Atlantic mit dem Mittelmeer verbinden soll, erörtert. Der Kanal soll 400 Kilometer lang, mindestens 12 Meter tief und 150 Meter breit werden. 14 Schleusen sind vorgesehen. Ein Kanal von dieser Grösse könnte fast jedes Schiff aufnehmen. Bei der geplanten Ermöglichung einer Fahrtgeschwindigkeit von 14 Knoten bei Tag und Nacht wird eine Kanaldurchfahrtszeit von 24 Stunden errechnet. Gegenüber der üblichen Frankreich-Umfahrt rund um Gibraltar würde durch den Kanal eine Zeitersparnis von mehreren Tagen erreicht werden. Die Kosten für den Kanal, dessen Baudauer auf zehn Jahre geschätzt wird, werden auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt.

Aus Versehen erschossen. Infolge eines unglücklichen Missverständnisses wurde am Eingang des Munitionslagers an den Thekenbergen bei Halberstadt in der Dunkelheit ein 25-jähriger Artillerieleutnant von einem Wachtposten angeschossen. Die Verletzungen waren tödlich.

Mädchenhandel? Auf dem Hauptbahnhof Beuthen wurden von deutschen Polizeibeamten zwei junge Polinnen festgenommen, die über die Grenze geschmuggelt worden waren und nach Belgien verschickt werden sollten. Die Mädchen verfügten über falsche Pässe. Ein Mann und eine junge Frau, die ihnen diese Pässe und auch die Fahrkarten nach Belgien ausgehändigt hatten, konnten flüchten. Es sind offenbar Mitglieder einer berüchtigten polnischen Mädchenhändlerbande, die ihren Sitz in Czenstochau hat.

Statistik der Reichspost. Die Deutsche Reichspost hat nach einer sechsfertiggestellten Statistik innerhalb des Deutschen Reiches laut Stichtagzählung täglich 30 042 000 Briefe (1930 : 31 423 000) befördert, nach dem Ausland täglich 1 690 000 (1930 : 1 541 000), aus dem Ausland 915 000 (1930 : 1 038 000); zusammen also täglich 32 647 000 Briefe gegen 34 002 000 Briefsendungen im Jahre 1930. Ferner wurden im Jahre 1931 218 915 000 gewöhnliche Pakete und unversiegelte Wertpakete innerhalb des deutschen Reiches befördert gegen 243 360 000 Stück im Jahre 1930. Die Zahl der Geldeinzahlungen durch Zahlkarten und Postanweisungen belief sich im Jahre 1931 auf 323 677 000 (1930 339 790 000). Der im Jahre 1931 eingezahlte Gesamtbetrag beziffert sich auf 20 355 644 000 Mark. (1930: 23 147 294 000 Mark). Die Zahl der Postscheckkonten betrug Ende Dezember 1931 1 012 961 (1930: 992 356). Im Jahresdurchschnitt beliefen sich die Guthaben der Postscheckkunden auf 523 300 000 Mark gegenüber 582 600 000 Mark im Jahre 1930. Insgesamt wurden 26 722 000 (1930 32 883 000) Telegramme befördert und 2 445 013 000 (1930: 2 554 476 000), Telefongespräche vermittelt. Die Zahl der Fernsprechstellen betrug 3 157 657 (1930: 3 248 854).

SOS! Etwa 80 Kilometer von Malta entfernt musste ein italienisches Verkehrsflugzeug infolge Maschinenschadens auf hoher See niedergehen. Auf den SOS-Ruf der Maschine lief ein englischer Zerstörer von Malta aus und schleppte die Maschine ab.

Fischerboot gekentert. Ein belgisches Fischerboot kenterte an der englischen Küste bei Kettelnetz. Von der Besatzung erreichten elf Mann schwimmend, die Küste, drei ertranken.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Das System.

SPD. In Deutschland tobt der Kampf um - das System. Die Nazis verstehen unter dem "System" die Republik. Diese und das bisschen Einfluss der Arbeiter in ihr werden von den Hitlerhorden als die Ursachen des Elends hingestellt. Nach der Lügenhetze der Nazis sind an dem wirtschaftlichen Zusammenbruch die organisierten Arbeiter, nicht aber die Wirtschaftsführer schuld. Das ist die selbe Lüge, wie sie vor 10 Jahren von dem Hugenbergern zur Einweihung des alten Regimes erfunden wurde: die roten Schützengräben, nicht aber die Heerführer sollen schuld sein an dem verlorenen Krieg.

Die organisierten Arbeiter bekämpfen auch ein System: das kapitalistische System. Nicht die Republik, sondern die kapitalistische Wirtschaftsführung ist nach der Auffassung der Gewerkschaften am Ende mit ihrem Latein. Die Lösung der gegenwärtigen grossen Schwierigkeiten - so ist auf der soeben beendeten Ausschusstagung des ADGB mit grosser Einmütigkeit festgestellt worden - kann nicht mehr auf der Ebene des kapitalistischen Systems gesucht werden. Dieses System ist am Ende seiner Fähigkeiten, und deshalb sind Reformen mit sozialistischem Charakter notwendig.

Das ist nicht nur die Auffassung der Gewerkschaftsführer, sondern noch mehr die der Massen. Die Massen wissen sehr genau, warum sie das System, das kapitalistische System, hassen und bekämpfen. Nicht, weil sie irgendwann und irgendwo einmal etwas vom Marxismus gehört oder gelesen haben, sondern weil ihnen das kapitalistische System die Kehle zuschnürt und das Leben zur Hölle macht. Deshalb wird heute die Frage, nach dem Umbau der Wirtschaft in den Massen und zwar weit über den Kreis der freorganisierten Arbeiterschaft hinaus immer stürmischer aufgeworfen.

Vor allem stellen die Bergarbeiter mit Ungestüm die Frage nach dem System. Sie fordern einen Systemwechsel. Deshalb hat Imbusch, der Führer der christlichen Bergarbeiter, nun ebenso, wie das die freorganisierten Arbeiter schon lange getan haben, die Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues erhoben. Diese Forderung will die Unternehmerpresse abtun mit dem Hinweis auf Äusserungen des Reichsarbeitsministers vom September 1930, wonach man in Deutschland drei Jahre lang in einem Irrgarten herumgewandelt sei. Seit fast zwei Jahren wandeln wird doch gewiss nicht mehr in einem Irrgarten der Gewerkschaften; denn das deutsche Unternehmertum hat ja fast alle seine Wünsche und Forderungen zur Sanierung der Wirtschaft erfüllt bekommen. Trotzdem stehen wir aber heute schliesslich da denn je. Wenn wir noch in einem Irrgarten stecken, dann doch bestimmt nicht mehr, weil in Deutschland etwa noch eine Lohnpolitik nach den Forderungen der Gewerkschaften getrieben wird. Der Beweis, dass uns in den Irrgarten nicht die Gewerkschaften geführt haben, dürfte heute für jeden, der sehen kann, gegeben sein. National und international ist das kapitalistische System pleite. Diese Tatsache können auch Professoren der Nationalökonomie nicht aus der Welt schaffen. Professor Schulze-Gävernitz z.B. betonte in seiner vor einigen Tagen stattgefundenen Gastvorlesung in der Berliner Handelshochschule, nicht der Kapitalismus als solcher, sondern ausserökonomische, politische Ursachen seien für die Weltarbeitslosigkeit verantwortlich zu machen. Ja, ist denn der Kapitalismus etwa die reine Oekonomie? Gerade er ist doch schlimmste politische Oekonomie. Machtpolitik in der Wirtschaft - das ist das Wesen des Kapitalismus.

Gewalt geht vor Recht - das ist die Devise der kapitalistischen Wirtschaft, im kleinen wie im grossen, ob es sich um ein Pascha-System im Betrieb oder um weltpolitische Verwicklungen zur Erschliessung neuer Ausbeutungssphären handelt. Überall, wo jetzt die kapitalistische Wirtschaftsführung in eine Sackgasse geführt hat, will sie den Ausweg mit Gewalt zu Lasten der Arbeiter erzwingen, und das Schulbeispiel dafür bieten die Verhältnisse im Bergbau. Warum hat denn auch der christliche Bergarbeiterführer Imbusch die Forderung auf Verstaatlichung des Bergbaues erhoben? Der Grund dafür liegt, wie das Organ des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes in seiner neuesten Nummer ausführt, in einer geradezu beispiellosen Zerrüttung der Lebensverhältnisse der Bergarbeiter. Für den Bergmann ist das Leben heute unerträglich geworden. Mit dem Gespenst der Arbeitslosigkeit sucht man in ihm den letzten Rest von menschlicher Selbstbehauptung auszutreiben. Mit dem raffinierten Einmann-Gedinge sucht man in ihm den Kameradschaftsgeist zu zerbrechen und den Weg zum letzten Ausbeutungsnutzen für die Unternehmer freizumachen. Auf diesem Weg hat sich bereits zwischen dem Aufsichtspersonal und dem Bergmann ein Verhältnis entwickelt, das man nicht mehr anders als Sklaverei nennen kann. Täglich laufen bei den Bergarbeiterorganisationen Zuschriften über Zuschriften ein - Aufschrei höchster Not, aber auch höchster Empörung der getretenen Kreatur. Die grenzenlose Verbitterung der Bergarbeiter wird nun zu allem Unheil auch noch von den allmächtigen Bergherren künstlich geschürt; denn die Kumpels müssen zusehen, wie dieselben Herrschaften, deren Bergbau angeblich nur noch mit den Hungergrößen der Arbeiterwitwen und Waisen betriebsfähig erhalten werden kann, in verschwenderischer Fülle Millionen bereit haben, um damit die Kassen der Arbeiterfeinde, vor allem die Kriegskasse des Faschismus, zu füllen, damit dieser den Arbeiter in noch grössere Armut und Rechtlosigkeit, wenn nötig mit Gewalt, hinunterstosse.

Hier liegt der Grund, warum sich die Frage nach der Berechtigung des Systems, d.h. dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch in nichtsozialistischen Kreisen überall auf die Lippen drängt. Dieses verruchte System ist's, das das Volk nicht mehr leben lässt. Dieses System ist der Feind, der einzige und wirkliche Feind des Arbeiters. Diesem System gilt der Wutschrei der Unterdrückten, aber auch der Kampfschrei der Front der Unterdrückten, der Eisernen Front.

SPD. Der Afa-Bundesvorstand hat zur Frage der Bankenkontrolle Stellung genommen. Nach seiner Auffassung ist die Neuordnung des Bank- und Kreditwesens eine notwendige Voraussetzung für die Lösung der Krise. Der gegenwärtige Schwebezustand seit der Stützung der Grossbanken durch das Reich sei auf die Dauer unhaltbar. Die ungeklärte Situation bei den beschirmten Banken erfordere eine sofortige Bereinigung, für die allein gesamtwirtschaftliche Interessen massgebend sein dürften. Eine Sanierung mit Hilfe öffentlicher Mittel die praktisch auf eine erneute Privatisierung hinauslaufe, sei unerträglich. Der einmal gewonnene Einfluss des Reichs auf die Banken - betont der Afa-Bundesvorstand mit besonderem Nachdruck - darf nicht wieder preisgegeben werden, sondern ist mit dem Ziel der Verstaatlichung des gesamten Kreditwesens auszubauen. Das öffentliche Bank- und Sparkassenwesen ist zu reorganisieren und zu vereinheitlichen und mit den Kreditinstituten, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, zu einem nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeitenden System auszugestalten. Bei der Sanierung der Banken ist auf die sozialen Interessen der Bankangestellten Rücksicht zu nehmen.

Auf der ganzen Linie erfordere die Wiederherstellung eines geordneten Kreditverkehrs eine ehrliche Bilanzbereinigung. Diese sei nur möglich bei rücksichtsloser Abschreibung der entstandenen Verluste. Jede öffentliche Hilfe

für die Banken dürfe nur in Form einer Kapitalbeteiligung des Staates erfolgen, wobei jedoch der Einfluss der öffentlichen Hand auf die Geschäftsführung der Banken gesichert werden müsse. Diese Bereinigung der Besitz- und Bilanzverhältnisse der Banken müsse zugleich den Anlass bieten, die öffentliche Kontrolle der Banken auszubauen. Die Institution des Bankenkommisars sei entsprechend den Vorschlägen der freien Gewerkschaften in ein Bankenamt mit dem Ziel der planmässigen Lenkung des Kreditstroms umzuwandeln. Auch alle Massnahmen zur Arbeitsbeschaffung seien in ihrer Wirksamkeit gebunden an die öffentliche Einflussnahme auf Kredit, Produktion und Absatz.

Der Afa-Bund ist sich bewusst, dass nur durch eine Neuorganisation der Wirtschaft der Weg zur planmässigen Gemeinwirtschaft gefunden werden kann.

SPD. Auf der Tagesordnung der 16. Internationalen Arbeitskonferenz, die am 12. April in Genf zusammentritt, steht auch die erste Beratung einer internationalen Regelung der Invalidenversicherung. Hierfür liegen bereits jahrzehntelange Erfahrungen in zahlreichen Ländern vor. Zurzeit besteht eine Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung in verschiedenen Formen und in verschiedenem Umfang in etwa 20 vorwiegend europäischen Ländern. Die Versicherungspflicht erstreckt sich bereits auf viele Millionen Arbeitnehmer. Die meisten bereits bestehenden Gesetze sehen auch die Möglichkeit vor, dass die Personen, für die die Versicherungspflicht erlischt, sich freiwillig weiterversichern können.

Das Internationale Arbeitsamt betont in seinem für die Konferenz vorbereiteten Bericht u. a. auch die Notwendigkeit der Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer in die Versicherungspflicht sowie die Notwendigkeit der Familienzuschläge zu den Renten - ein neuer Beweis dafür, dass in allen Zweigen der Sozialversicherung der Gedanke des Schutzes der Familie in immer höherem Masse Eingang findet.

Mit der internationalen Regelung der Invalidenversicherung soll der Kreis der internationalen Sozialversicherungsübereinkommen geschlossen werden.

SPD. Der Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst, der dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahesteht, beunruhigt die Öffentlichkeit. Er meldet, es würden zurzeit in "massgebenden Kreisen" zwei Pläne zur Reform der Arbeitslosenunterstützung besprochen. Es handele sich dabei um eine völlige Neuordnung der Unterstützung. Bis zu dieser Neuordnung trete ein Übergangszustand ein. Man erwäge, diesen Übergangszustand am 1. April mit der Suspendierung der Reichsanstalt beginnen zu lassen.

Das Ganze ist grober Unfug; denn soeben ist der Haushalt der Arbeitslosenversicherung für 1923/24 verabschiedet worden und bei der Reichsregierung hat man bis jetzt zu keinem Zeitpunkt an eine Suspendierung der Reichsanstalt gedacht. Die "massgebenden Kreise", in denen nach dem PGZ Reformpläne für die Arbeitslosenfürsorge besprochen werden, sind nicht die Regierung, Das muss der PGZ selbst ausdrücklich hervorheben. Warum sagt er dann aber nicht gleich genau, von wem die von ihm mitgeteilten Pläne stammen. Es sind die Pläne von Goerdeler und Popitz, noch nicht einmal die Pläne der Arbeitgeber - also Dinge von höchst problematischem Wert. Warum muss die Öffentlichkeit mit solchen Dingen behelligt und beunruhigt werden?

Im Kabinett wird erst nach Erledigung der Bankenfrage die Wirtschaftsaussprache fortgesetzt. Erst dann kommt die Arbeitslosenfrage von neuem zur Erörterung.



Der passive Laval.

(Eine Bilanz der Vertrauenskrise.)

SPD. Die gestürzte Regierung Laval zeichnet zum mindesten für eine Politik verantwortlich, die gerade englische Finanztheoretiker als den "französischen Finanzkrieg" und die "goldene Isolierung Frankreichs" zu benennen pflegen. Nur war die Bewegung, die die internationalen Kreditmärkte schüttelte und auf den Kopf stellte, die in Österreich das alte Haus Rothschild in die Pleite trieb und Deutschland zu einer Art Moratorium zwang, die England von der Goldwährung abgehen und das Freihandelsprinzip aufgeben liess, die schliesslich den Nordamerikaner geraten sein lässt, sich durch eine Notendeckungsreform gegen die Angriffe auf ihre Goldbestände zu sichern, zu elementar, als dass die französische Politik, deren Leiter in den kritischen Tagen der jetzt gestürzte Laval war, sie "machen" konnte. Die tragische Schuld Lavals scheint zu sein, dass er gegenüber dem ungeheuren Beben in der internationalen Kreditwirtschaft überhaupt nichts tat. Das Unglück der ganzen Welt war, dass die französische Politik in jenen kritischen Stunden keinen Leiter mit europäischem Gewissen und Ehrgeiz besass. Ein Mann mit einer Begabung und mit Fähigkeiten in internationalem Massstab hatte der Welt viel Leid und viel Kummer ersparen können. Laval war dieser Mann nicht. Er war passiv, die Passivität selber. Die französische Politik liess unter ihm die Dinge an sich herankommen, nutzte sie für ihre besonderen Zwecke aus. Das war nicht schwer, weil Frankreich in jenen Stürmen die erste Finanzmacht der Erde wurde. Mit der Drohung, kurzfristig angelegte französische Gelder aus dem Ausland abzuziehen, liess sich vieles durchsetzen, woran unter anderen Umständen wohl nicht zu denken war.

Das erklärt die Erfolge der Lavalschen Regierung: Das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion wurde zerhauen, Italien isoliert, im Südosten Europas eine profranzösische Konstellation geschaffen, Deutschland in eine Finanzklemme gedrängt, in der keine andere finanzielle Hilfe mehr möglich erscheint als die Frankreichs, England aus dem europäischen Kreditgeschäft als Geldgeber ausgeschaltet, und schliesslich gelang es, Amerika die Initiative in der Frage der Reparationen und der internationalen Schulden zu nehmen und sie an die französische Politik zu binden. Wenn man schon von einem französischen Finanzkrieg sprechen will, dann muss man sagen, dass Frankreich hier Riesenschlachten gewonnen hat. Ohne dass man, wie einst Poincaré im Jahre 1923, an die Ruhr marschierte. Ohne dass man auf den Tisch schlug, Nur allein dadurch, dass man schliesslich garnichts tat.

Aber in dem garnichts tun, liegt die grosse Problematik der Lavalschen Erfolge. Es scheint weite Schichten in Frankreich zu geben, die diese Problematik erkennen und die in ihr eine Gefahr für Frankreich sehen. Die französische Geld- und Kreditpolitik hat zweifellos die internationale Kredit- und Wirtschaftskrise verschärft, sie erst zu jenem Ungeheuer und zu jenem Polypen gemacht, der in der Wirtschaftsgeschichte beispiellos dasteht. Dass man hier nicht ungestraft sündigt, dass Frankreich inmitten der Weltwirtschaftskrise keine Konjunkturinsel bleiben kann, zeigt die jüngste Entwicklung. Gefüllte Tresors, Zollerhöhungen und Einfuhrkontingente eignen sich eben nicht dazu, das Eindringen der Weltwirtschaftskrise in das Goldland Frankreich zu verhindern. Andererseits wird man sich in Frankreich damit abfinden müssen, dass Deutschland angesichts seiner fürchterlichen Wirtschaftslage auf absehbare

Zeit keine Reparationen mehr zahlen kann, dass man, wenn das Krisenland Deutschland nicht das Goldland Frankreich mit in das Krisenchaos ziehen soll, früher oder später mit Krediten beispringen muss.

Das ist für die Stellung Frankreichs als erste Finanzmacht Europas und der ganzen Welt überhaupt typisch. Die Stellung als erste Finanzmacht legt auch, wie gerade von den Engländern, die es ja wissen müssen, betont wird, gefährliche Verpflichtungen auf. Die Hilfsvölker im Osten und Südosten Europas, von der polnischen Staatskasse angefangen bis zum kleinen serbischen Winkelbankier, werden Frankreich nur Gefolgschaft leisten, wenn es den Daumen nicht auf den Beutel hält. Sie alle wollen Kredite und brauchen Kredite. Und Frankreich wird geben müssen! Der Engländer Paul Einzig hat in einem Buch über den "Französischen Finanzkrieg" die gesamten flüssigen Mittel, über die Frankreich gegenwärtig verfügt, mit 16 Milliarden Mark berechnet. Diese Mittel wird Frankreich verausgaben müssen. Es wird schon in den nächsten Monaten und Jahre eine starke Kürzung dieser Reserven eintreten und zwar handelt es sich dabei um Geld, das weggegeben werden muss, ohne dass man weiss, wie es sich verzinst und ob man es einmal wieder bekommen wird. Es ist die Wiederholung der russischen Vorkriegsanleihen, die sich Frankreich damit leistet. Weiter hat man unter Laval den Eisenpanzer Frankreichs fester geschmiedet. Man hat Hunderte von Millionen in Festungswerke an den Grenzen gegen Deutschland und Italien verbaut. Ungeheure Werte im Rüstungswahnvertan, die tot und Fehlinvestitionen sind, wenn Europa es will; wenn Europa einmal so vernünftig ist, dass es allgemein abrüstet und dem Kriegsgott den Rücken kehrt.

Die "goldene Isolierung" Frankreichs hat schon ihre Problematik. Sie geht auf die Passivität der französischen Politik unter Laval zurück, die Chancen, gegen die weltwirtschaftskrise einen wirklichen Damm zu ziehen, nicht ausnutzt. Andererseits hat sich Frankreich in seinem Finanzkrieg mit Fehlinvestitionen belastet, bezw. wird es sich damit belasten müssen. Sicherlich wird Frankreich an den letzten weit über die Wirtschaftskrise hinaus zu tragen haben. Der passive Laval war ein Unglück für die Welt, ein Unglück auch für sein Land.

SPD. Die starken Gold- und Devisenverluste der Reichsbank scheinen in der zweiten Februarwoche mehr zum Stillstand gekommen zu sein. Während in der ersten Februarwoche noch rund 18 Millionen Mark verloren gingen, stellt sich der Verlust für die Woche bis zum 17. Februar auf 2,2 Millionen Mark. Die Goldbestände haben um 300 000 Mark auf 928,7 Millionen Mark zugenommen, dagegen verringerten sich die Bestände an Devisen um 2,5 Millionen Mark auf 144,2 Millionen Mark.

Die Austrocknung des Kredits, die auf eine weitere Schrumpfung der Wirtschaftstätigkeit schliessen lässt, hat angehalten. Die Summe des von der Reichsbank gewährten Kredits hat sich um 171,3 Millionen Mark auf 3 602,1 Millionen Mark verringert. In derselben Woche des Vormonats erfolgte zwar eine Abnahme in der gesamten Kapitalanlage um 250,7 Millionen, jedoch lag der gewährte Kredit mit 3 880 Millionen Mark am 15. Januar 1932 um fast 280 Millionen Mark höher als Mitte Februar 1932. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks haben in der zweiten Februarwoche allein um 212,3 Millionen Mark auf 3249,5 Millionen Mark abgenommen. Beim Lombardkredit ist eine Erhöhung um 58,9 Millionen Mark auf 187,9 Millionen Mark festzustellen. Der Banknotenumlauf verringerte sich in der zweiten Februarwoche um 121 Millionen Mark auf 4,15 Milliarden Mark. In der zweiten Januarwoche war eine Verringerung im Notenumlauf um fast 194 Millionen Mark festzustellen, womit sich der Betrag der umlaufenden Noten auf 4,38 Milliarden senkte. Der Notenumlauf ist also binnen Monatsfrist, sicherlich ein Zeichen für die Krisenverschärfung, um 230 Millionen Mark zusammengeschrumpft.

Die Deckung der Noten hat sich auf 25,8 Prozent verbessert gegenüber 25,1 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Der grösste deutsche Schokoladenkonzern, die Stollwerck A.-G. in Köln, legt mit ihrem Abschluss für das Jahr 1931 zugleich ihren Sanierungsplan vor. Die Sanierung bei Stollwerck hat besonderes Interesse, weil es sich hier um Fehlinvestitionen in einer ganzen und in einer wichtigen Industrie handelt und weil die Frage völlig offen bleibt, ob die Sanierung zu dem gewünschten Zweck führen wird. Die Dinge haben sich im Jahre 1931 für den Stollwerckkonzern wie folgt entwickelt: Bei 675 000 Mark Abschreibungen ergibt sich ein Verlust von rund 3,39 Millionen Mark. Davon sind 2,5 Millionen Mark allein infolge der Reichardt-Transaktionen entstanden. Man deckt den Verlust durch die gesetzliche Reserve in Höhe von 1,645 Millionen Mark, weiter durch Finzierung von Aktien in Höhe von rund 1,5 Millionen Mark und Zusammenlegung des verbleibenden Kapitals von 15 Millionen auf 9 Millionen Mark. (Kapitalsschnitt im Verhältnis von 10 : 6.)

Es verlohnt schon, auf die Vorgeschichte dieser Sanierung einzugehen. Einmal spielen dabei wohl all zu starke Expansionen eine Rolle. Hinzu kommt jene Preispolitik, die keine Augen hatte und nicht früh genug sah, wohin die fortwährenden Lohnabzüge und die fortwährende Drosselung der Kaufkraft führen mussten. Bei der Stollwerck scheinen sich die Dinge so entwickelt zu haben, dass die Preispolitik allzu unelastisch war, dass die Preise, schon in einer Zeit, wo die Kaufkraft bedenklich dahinsiechte, zu hoch lagen und später nur unter Schwierigkeiten den Anschluss an die Kaufkraft fanden. Dann das Kapital der Expansionen: In Hamburg hatten sich die Reichardtwerke durch ständige Erweiterungen, die Dutzende von Millionen verschlangen, zugrunde gerichtet. Als sie am Ende und pleite waren, war es geradezu natürlich, dass der Stollwerckkonzern das Objekt mitsamt den Schokoladenfabriken Gaedke A.-G. in Hamburg und der Hauswaldt G.m.b.H. in Magdeburg übernahm. Stollwerck hoffte wohl auf eine Vergrößerung seines Absatzes, hat wohl auch von den früheren Firmen zu teuer gekaufte Maschinen zu äusserst billigen Preisen übernommen. Die erwartete Absatzsteigerung um 50 Prozent durch das Reichardtgeschäft ist aber wohl nicht in Erscheinung getreten. Magdeburg und Hamburg liegen seit längerem still und werden wohl nicht wieder in Betrieb gesetzt. Die entsprechenden Schokoladenmarken werden beim Stollwerckkonzern in Köln und bei der Goldina in Bremen, die zum Konzernbereich der Stollwerck A.-G. gehört, hergestellt. Das war die eine Enttäuschung, die der Stollwerckkonzern bei seiner Expansion erlebte. Die andere Enttäuschung kam aus dem Auslande, aus Südosteuropa. Hier hatte man z.T. u.a. während der Inflation Fabriken eingerichtet z.B. in Budapest, Kronstadt/Rumänien usw., die in dem sogenannten Donaukonzern zusammengefasst worden sind. Die Wirtschaftslage im Südosten scheint aber so schlecht geworden zu sein, dass Schokolade für die breite Bevölkerung ein Luxus ist, den sie nicht mehr bezahlen kann. Die Fabriken des Donaukonzerns mussten still gelegt werden. Hierbei entstanden starke Verluste. Wie hoch sie in Wirklichkeit sind, kann der Stollwerckkonzern heute noch nicht angeben. Das scheint auch die wunde Stelle bei der gegenwärtigen Sanierung zu sein.

Die neue Stollwerckbilanz weist statt des früheren Aktienkapitals von 15 Millionen Mark ein Aktienkapital von 9 Millionen Mark aus, wozu noch 900 000 Mark gesetzliche Reserven kommen. Die Posten auf der Aktivseite sind stark gekürzt, obwohl teilweise z.B. bei den Maschinen usw. ein Anlagenzuwachs im verfloßenen Jahr eingetreten ist. Der in der Stollwerckbilanz wichtigste Posten Wertpapiere und Beteiligungen verringert sich von 3,53 Millionen Mark auf 2,60 Millionen Mark. Ob man dabei den wirklichen Verlusten im Donaukonzern Rechnung getragen hat, bleibt fraglich.

Amerikahausse.

(Berliner Produktenbörse vom 17. Februar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Mittwoch eine ausserordentlich feste Stimmung, die sich besonders im Weizenhandel bemerkbar machte. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft konnte Weizen seinen Preis um durchschnittlich 4 Mark befestigen. Im Handel mit effektiver Ware fehlte es fast völlig an Angebot. Da ausserdem die Meldungen aus Amerika stimmungsmässig haussierend wirkten, konnten sich auch hier die Preise um 2 Mark befestigen. Am Roggenmarkt war die Stimmung etwas ruhiger, wengleich auch hier Preisgewinne eintraten. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft ging die Roggennotiz um 1 bis 1½ Mark, im Handel mit prompter Ware um 2 Mark in die Höhe. Das Angebot war recht knapp. Die deutschen Mühlen sind gezwungen, ihren Bedarf hauptsächlich aus russischer Ware zu befriedigen. Am Mehlmarkt kam die festere Stimmung gleichfalls zur Auswirkung. Obwohl der Konsum ziemlich zurückhielt, waren die Forderungen für Roggenmehl um ¼, für Weizenmehl um ¼ bis ½ Mark erhöht. Hafer hatte gleichfalls festere Stimmung. Die höheren Forderungen wurden seitens des Konsums zum Teil bewilligt.

	16. Febr.	17. Febr.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	246 - 248	248 - 250
Roggen	196 - 198	198 - 200
Braugerste	162 - 169	162 - 169
Futter- und Industriergerste	154 - 158	154 - 158
Hafer	144 - 151	146 - 153
Weizenmehl	29,75 - 33,75	30,25 - 34,25
Roggenmehl	27,85 - 29,50	28,00 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 9,90	9,60 - 9,90
Roggenkleie	9,60 - 9,90	9,60 - 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 260 - 261 - 260½ (Vortag 257), Mai 270 plus Brief (265½), Roggen März 205 plus Geld (204), Mai 212½ plus Geld (211), Hafer März 159½-160-159¼ (157¼), Mai 167-167¼ (163¼).

SPD. Das Reichswirtschaftsministerium warnt in einer Veröffentlichung zur Vorsicht bei Wertpapierverkäufen durch Ausländer, die die eingeleiteten Bestrebungen, die deutschen Börsen wieder in Gang zu bringen, ernstlich gefährden können. Das Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums hat folgenden Wortlaut:

"Verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit lassen erkennen, dass die Devisenvorschriften, insbesondere die Vorschriften über Wertpapierverkäufe für Rechnung von Ausländern und die Aushändigung des Gegenwerts an Ausländer, offenbar im Publikum nicht genügend bekannt sind. Die Verwertung langfristiger Anlagen durch Ausländer im Inland schädigt die Devisenlage der deutschen Volkswirtschaft, wenn sie Uebertragungen von Reichsmark oder Devisen zur Folge hat oder wenn Forderungen von Inländern an Ausländer aus dem Erlös beglichen werden. Zu diesem Zwecke ist in der Siebenten Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung vom 10. November 1931 vorgeschrieben, dass über eine Forderung, die zugunsten einer im Auslande oder im Saargebiet ansässigen Person nach dem 11. November 1931 durch den Verkauf von Wertpapieren im Inland entstanden ist, nur mit schriftlicher Genehmigung der Stellen für Devisenbewirtschaftung verfügt werden darf. Wer also als Ausländer im Inland über eine solche Forderung verfügt, indem er sie einzieht, abtritt oder verpfändet, macht sich strafbar. Aber auch der Inländer, der den Gegenwert der Wertpapiere an den Ausländer be-

zahlt oder auf Veranlassung des Ausländers aus dem Erlös Zahlungen an andere Inländer leistet, macht sich strafbar. Für die devisarechtliche Beurteilung ist es gleichgültig, ob dem Ausländer die Forderung unmittelbar gegen den Käufer der von ihm in Deutschland verkauften Wertpapiere zusteht oder ob er sich eines Inländers als Kommissionär zum Verkauf bedient. Nimmt eine Bank derartige Wertpapierverkäufe zugunsten eines Ausländers vor, so ist sie verpflichtet, den Erlös auf Sperrkonto gutzubringen. Nur dann bedarf die keiner Genehmigung der Devisenbewirtschaftsstelle, um über den Betrag zu verfügen, wenn sie das Guthaben zum Einkauf inländischer auf Reichsmark oder Goldmark lautender Wertpapiere für den Ausländer verwendet."

SPD. Der Reichsverband deutscher Bausparkassen hat sich am Mittwoch mit der Lage der Bausparkassen beschäftigt, die allerdings alles andere als erhe= bend ist. Seit Monaten prüft das Aufsichtsamt, welchen Bausparkassen man in Zukunft den Betrieb gestatten kann. Bis jetzt sind von mehr als 300 Bauspar= kassen gut zwei Dutzend durchgeprüft worden mit dem Ergebnis, dass dem Auf= sichtsamt eine ganze Reihe von Bausparkassen nicht hinreichend sicher er= scheint, ihr Geschäft weiter zu betreiben. Die Zahl der unwürdigen Bausparkas= sen wird sich selbstverständlich erhöhen. Aber bis die Entscheidung über diese oder jene Kasse fällt, herrscht natürlich Unsicherheit. Die Bausparer halten sich zurück. Wie vom Reichsverband versichert wird, erfolgt der Zufluss neuer Gelder nicht so, wie man das wünscht und wie das notwendig ist. Ausserdem ent= steht die Frage, was aus solchen Bausparern werden soll, deren Kasse verboten wird? Dass diese Frage dringend ist, kann nicht geleugnet werden. Der Reichs= verband deutscher Bausparkassen macht sich die Sache leicht, indem er eine Auf= fangeorganisation für diese geprellten Sparer empfiehlt. Aber er zeigt keinen Weg, der gangbar wäre.

Im übrigen wird über den schleppenden Fortgang der Prüfungsarbeiten beim Reichsaufsichtsamt geklagt. Das Reichsaufsichtsamt verschanzte sich hinter der Feststellung, dass es an Kräften fehle und dass der Etat nicht entsprechen= de Mittel vorsehe. Wir sind der Meinung, dass man diese Frage nicht so behan= deln kann. Es müssen Mittel geschaffen werden, um neue Kräfte einzustellen, damit die sicherlich dringende Arbeit erledigt wird und nicht weiter Unruhe in die Bevölkerung getragen wird.

SPD. Die amerikanischen Kreditausweitungsprojekte haben nicht nur Preis= erhöhungen an der Berliner Produktenbörse bewirkt, sondern auch auf den Baum= wollwarenmärkten ist eine nicht unerhebliche Preisbefestigung eingetreten. So erhöhte sich auf der am Mittwoch in Stuttgart abgehaltenen Industrie= und Han= delsbörse der Preis für Baumwollgarne um 3 Pfennig pro Kilogramm und der Preis für Baumwollgewebe um 0,2 Pfennig pro Meter.

SPD. Das Waggonkartell ist auf die Dauer von fünf Jahren verlängert wor= den. Auf das Kartell, die Deutsche Wagenbau=Vereinigung, entfallen 90 Prozent der Reichsbahnaufträge, die auf die einzelnen Firmen umgelegt werden.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 17. Februar 1932.

Zurück zur Natur!^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Zu den unentwegtesten Anhängern Mahatma Ghandis in den Vereinigten Staaten gehört zweifellos mein Onkel Hiram Dudgeon, der seit langem einen mutigen Kampf gegen unser Zeitalter der Maschine und der Massenproduktion führt. "Weißt du eigentlich, was du von mir verlangst?" ruft er aus, wenn Tante Eulalia ihn bittet, das Feuer im Ofen nicht ausgehen zu lassen. "Du verlangst von mir, dass ich den habgierigen Bergwerksbesitzern von Pennsylvanien meinen Tribut darbringen soll. Mit jeder Schaufel Kohle, die ich in die Ofenglut schütte, werden die despotischen Kohlenbarone mächtiger und fetter!" Wenn seine Tochter Gäste hat und ihn bittet, seinen Abendanzug anzulegen, schäumt er. "Pfui, diese gesellschaftlichen Konventionen! Die Uniform der Nutzlosen! Du versuchst, meine Individualität zu zerstören, wenn du mich unter das Joch der Mode beugst, sodass ich genau so aussehe wie jeder deiner verwünschten Gäste!" - "Unsinn, Papa!" pflegt ihm Cousine Agnes dann zu entgegnen. "Du wirst niemals so wie die andern aussenen, solange du dein steifes Vorhemd trägst, das sich jedesmal wie ein Ballon aufbläht, wenn du dich hinsetzt."

Im verflorbenen Monat kam Onkel Hiram zu uns auf Besuch. Das war ein aufregendes Erlebnis. Sofort nach seiner Ankunft unternahm er eine Inspektionsreise in unsrer Wohnung, hob die Ecken der Teppiche hoch, spähte unter die Sessel, untersuchte das Klavier und kroch unter den Tisch. "Hast du etwas verloren, Onkel Hiram?" fragte ich. "Nein!" erwiderte er grimmig. "Aber Ihr! Ihr habt den aufrechten Individualismus verloren, der einst dem amerikanischen Bürger eigen war. Ihr seid Opfer der Massenproduktion und der Reklame. Fast jeder Gegenstand in diesem Zimmer ist mit einer Fabrikmarke oder sonstigen Etikette versehen. Sag' mir einmal, mein Junge, wieviel hast du für diesen Radioapparat bezahlt?"

"Etwa hundert Dollar, glaube ich...."

"In der Tat? Und dabei hättest du dir für siebzehn Dollar einen genau solchen Apparat anfertigen können, wenn du dir die Einzelteile gekauft und sie selbst zusammengesetzt hättest."

"Aber ich habe doch dazu keine Zeit," warf ich ein. "Ich bin beruflich zu sehr beschäftigt."

"Und warum bist du beruflich beschäftigt?" fragte Onkel Hiram, ohne eine Antwort zu erwarten. "Ganz einfach, um das nötige Geld zu verdienen, für das du dir einen hundert Dollar-Radioapparat kaufen kannst! Ich sage immer: Die heutige Wirtschaftsordnung führt die Menschen dazu, sich selbst zu betrügen!"

In der Küche blieb er vor dem automatischen Eiskasten stehen. "Da hast du", sagte er zu meiner Frau, "wieder so eine Maschine, die vollkommen überflüssig ist. Gewiss ist sie dir von irgendeiner redegewandten Verkaufskanone aufgeschwatzt worden, und du hast dir einreden lassen, dass du ohne Eiskasten nicht länger leben kannst. Wenn du aber die Nahrungsmittel ganz einfach in feuchtes Tuch einwickeln und ans offene Fenster legen würdest, dann wäre genau dieselbe Wirkung zu erzielen."

Als er am folgenden Tage zum Frühstück kam, war ein fanatisches Glühen in seinen Augen. "Ich habe da eine Flasche "Gurgol"-Mundwasser im Badezimmer entdeckt", verkündete er, "und auch eine Tube "Zahnheil"-Zahnpasta. Um die

Zähne zu reinigen, gibt es nichts Besseres als ein bisschen gewöhnliches Kochsalz. Und was "Gurgol" betrifft, - eine Flasche zum Preise von einem Dollar enthält ein antiseptisches Mittel im Werte von zwei Cents und ein bisschen Pfefferminz. Du kannst dir die Bestandteile in jeder Drogerie kaufen und dir selbst für fünfzehn Cents fünfundsiebzig Liter "Gurgol"-Mundwasser zubereiten.

Ich legte bescheiden Protest ein, indem ich bemerkte, dass wir kein Verlangen nach dem Besitz von fünfundsiebzig Liter Mundwasser trügen.

Tags darauf bemerkte Onkel Hiram, wie meine Frau eine Flasche "Fleckweg" benützte, um aus dem Vorhang im Salon einen Fleck zu entfernen, und er machte sich erbötig, für uns unbegrenzte Mengen ähnlicher Zubereitung zu einem Zehntel des Preises von "Fleckweg" herzustellen. "Das Ganze ist doch nichts weiter als eine Mischung von Pottasche, Benzin und... Pfefferminz. Aber für die Flasche, die lithographierte Etikette und vor allem für die Reklame musst du schweres Geld bezahlen. Wenn du mir dein Badezimmer als Laboratorium überlässt, so will ich euch so viel Fleckwasser zusammenmischen, dass Ihr bis an euer Lebensende genug damit habt!"

In atemloser Spannung warteten wir. Gegen vier Uhr Nachmittags ertönte aus dem Badezimmer eine gewaltige Explosion, und Onkel Hiram kam, je drei Stufen auf einmal nehmend, die Stiege heruntergesprungen. Sein Schnurrbart war gestäubt, und seine Rockschösse flatterten in ratloser Verzweiflung.

Meine Frau rollte den Onkel in einen Teppich, während ich mich mit einem Feuerlöschapparat auf ihn stürzte. In diesem Augenblick setzte sich Onkel Hiram auf: "Wie! Ihr verwendet Maximax?" rief er anklagend, indem er auf den Feuerlöschapparat wies. "Weisst du denn nicht, dass sein Inhalt aus einer ganz gewöhnlichen Lösung von Kohlenstofftetrachlorid besteht? Du kannst es in jeder Drogerie für acht Cent das Pfund kaufen!"

Die Wände des Badezimmers waren versengt, und Onkel Hiram's Fleckputzmittel hatte die Emaille aus der Badewanne ausgefressen. Aber er blieb ungebrochen. "Morgen will ich euch ein Silberputzmittel zusammenmischen. Es ist genau dasselbe, von dem ein Viertelliter im Geschäft einen Dollar kostet. Aber ich werde euch zehn Liter für fünfundzwanzig Cent brauen!"

Diesmal warteten meine Frau und ich nicht auf das Silberputzmittel. In der Nacht, sobald Onkel Hiram zu Bett gegangen war, packten wir unsere Koffer und begaben uns in aller Heimlichkeit in ein Hotel. Zuerst liessen wir das Feuer im Ofen ausgehen, schalteten das Gas und das elektrische Licht ab und sperren die Wasserleitung. Dann legten wir vor die Türe seines Schlafzimmers eine Spitzhacke, eine Kerze, zwei Stücke trockenen Holzes, ein Exemplar von Dr. Sweeneys Wetterkalender für das Jahr 1932 und banden ein Huhn an die Türklinke. Schliesslich befestigten wir an der Türe die folgende Kundgebung:

"Lieber Onkel! Wir haben uns entschlossen, den Kohlentrust, den Zündholztrust und die vielen andern Korporationen, die den Konsumenten nur ausbeuten, zu boykottieren. Zwei Stunden von hier befindet sich ein verlassenes Bergwerk, und wenn du Kohle für den Ofen brauchst, musst du nur die Spitzhacke nehmen und selbst welche zu Tage fördern. Diese Henne wird, wenn du ihr nur Zeit lässt, ein Ei für dein Frühstück legen - und so den Profit des Zwischenhändler ausschalten. Wozu ungeheuerliche Preise für den elektrischen Strom bezahlen, wenn du eine Kerze zur Verfügung hast, die du durch Aneinanderreiben zweier Stücke trockenen Holzes anzünden kannst? Solltest du Wasser brauchen, so machen wir dich darauf aufmerksam, dass neben der Küchentür eine Regentonne steht. Sie ist jetzt leer, aber Dr. Sweeneys Wetterkalender sagt für Anfang März 1932 ergiebige Regengüsse voraus. In der Zwischenzeit gedulde dich und bewahre dir deinen stolzen Individualismus!"

(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von
Leo Korten.)

Zu vermieten...^x

=====

SPD. In allen Strassen kleben jetzt die weissen Zettel "Zu vermieten", und vor den Häusern stehen Schilder mit genauen Angaben über Masse, Art und - zuweilen auch - Preise der angebotenen Wohnungen. Die Mieter spekulieren zur Zeit in Baisse: sie haben eine abwartende Haltung angenommen. Sie wissen, dass wohl eine gewisse Nachfrage besteht, dass aber andererseits die Mietforderungen heute zu den schwer realisierbaren Dingen gehören, und sind darum entschlossen, bis aufs Messer zu handeln. Die Vermieter wissen, dass der Mensch ohne Dach überm Kopfe und Wände zur Seite nicht existieren kann, und verteidigen ihre Rechte mit aller geschäftlichen Nüchternheit. Die Mieter wiederum werden durch die zahlreichen Angebote verlockt, "sich auch mal was anderes anzusehen". Dort ist ein Zimmer grösser, da sind weniger Treppen zu steigen, im dritten Falle sind die Verkehrsverbindungen günstiger, und im vierten ist der Preis entscheidend. Der menschliche Wunsch zur Sesshaftigkeit gerät in Auseinandersetzungen mit dem Veränderungs-Komplex, und so sinkt und steigt die Kurve des vermietbaren Raums in allen Städten und auch in unsrer.

Sachlich blicken leere Fenster und Papierstreifen mit den zwei bedeutungsvollen Worten ins Alltagsgetriebe. Und doch steht hinter jedem dieser Stücke Papier ein Roman. In den Vierteln, wo die alten Grosswohnungen mit Ofenheizung, dem "Expansionsbedürfnis" früherer, kaiserzeitlicher wohlhabender Familien dienend, liegen, wimmelt es von Angeboten. Der "Betrieb" dieser Unterkünfte ist unter den heutigen Verhältnissen schwierig. Sie sind ohne Angestellte nicht zu bewältigen, und nach der früheren Bauweise leiden ein oder zwei Räume an Lichtmangel. Nach der enormen Quadratmeterzahl sind die Preise, die gefordert werden, als niedrig zu bezeichnen, aber wer nicht über eine vielköpfige Familie verfügt oder nicht sein Büro zugleich in der Wohnung betreiben will, der muss ja so genau rechnen! Manche Häuser stehen bis auf eine Etage leer, tausende von Grosswohnungen nun schon viele, viele Monate, zahlreiche länger als ein Jahr!

Anders in den Neubauten. Die komfortable Zweckmässigkeit verlockt immer wieder zur Ansicht. Täglich kommen und gehen Besichtigter, täglich finden in den Kontoren der Baugesellschaften oder Hauswirte langatmige Vertragsbesprechungen statt - aber auch hier ist der Preis das Bollwerk gegen die Wünsche beiderseitiger Interessierter: der Vermieter kann seine wirtschaftliche Kalkulation nicht ausser Acht lassen, der Mieter kennt die Grenze seiner Macht, das heisst: seines Einkommens, genau. Die Zeit der unüberlegten Vertragsschlüsse ist vorbei! Heute wird wieder vorsichtig gerechnet: niemand weiss, was in Zukunft sein wird, und jeder fragt sich: "Könnte ich das auch noch, wenn...?" Darum wird bei hundert Verhandlungen nur wenige Male tatsächlich abgeschlossen.

Dagegen gibt es ganze Viertel, in denen keine Wohnung leer steht. Das sind die Stadtteile, in denen die obligate Dreizimmerwohnung mit bequemen, hellen und preiswerten Räumen liegen. Ganze Strassenzüge sind seit zwanzig, fünfundzwanzig Jahren bewohnt. Man sieht auf den Fensterbrettern noch dieselben Blumentöpfe, an den Scheiben die gleichen, immer schneesauberen Gardinen, an den Geschäften noch die gleichen Namen, die schon in unsrer Kindheit erklärter dass "Heinrich Meier" ein Kolonial- und Feinkostwaren-Geschäft betreibt, dass Friedrich Schnucke eine Milchhandlung offen hält. Hier scheint die Zeit spurlos vorübergegangen zu sein. Die Häuser waren schon damals nicht mehr neu, aber in zwischen sind sie nicht gealtert, denn diese Menschenschicht ist die im Kleinen erhaltende, die Schicht zwischen den Polen, von der die Balance geschaffen wird, die heute nötiger als je ist. Die Wohnungen bieten keinen entbehrlichen Luxus, der Hausrat ist bescheiden, die Lebensbedürfnisse sind nie über ein bestimmtes, schlichtes Mass hinausgegangen, und diese Welt ruht - auch heute noch - fest in ihren Angeln. vielleicht ist es erstrebenswert, so zu leben. Die Hausbesitzer aller Art jedenfalls wünschen sich heute, nur solche Bauten,

solche Strassen zu besitzen.

Zu vermieten sind überall, am zahlreichsten in den ältesten Vierteln, möblierte Zimmer. In manchen Häusern werden auf jeder Etage gleich mehrere angeboten, mit und ohne Morgenkaffee, mit und ohne Küchenbenutzung. Man kann die Kurve der vermietbaren Einzelzimmer als wirtschaftliches Barometer nehmen: wer es irgend vermeiden kann, der wird seine Wohnung nicht mit fremden Menschen bevölkern! Aber auch da ist die Nachfrage nicht auf der Höhe. Dauermieter finden sich heute schwerer als je.

Die bequemste und aufschlussreichste Uebersicht über Angebot und Nachfrage spiegelt sich zum Schluss in der Tageszeitung: dort stehen die Angebote neben den Gesuchen; dort hat man die Möglichkeit, bequemste Such-Routen zusammenzustellen, Angebote und Wünsche schon vor vergeblichen Wegen aufeinander abzustimmen - das Inserat schafft den Ausgleich für alle Teile; es informiert, wirbt und schafft dadurch Werte, Viele Jahre konnte niemand seine Wohnung wechseln. Heute ist es sehr einfach geworden: suchet, so werdet ihr finden! Und allmählich werden sich die leeren Fenster wieder mit Behaglichkeit füllen!

Walter Anatole Persich.

Heinrich Hertz.^x

SPD. Am 22. Februar dieses Jahres wäre Heinrich Hertz 75 Jahre alt geworden. Weilte er noch unter den Lebenden, so brächte ihm die ganze Welt ihre Huldigungen dar. Verdankt sie doch seinen grundlegenden Versuchenden Anstoss zur Entwicklung der Hochfrequenztechnik, die uns den drahtlosen Nachrichtendienst und darüber hinaus den Rundfunk bescherte, der die einsamste Hütte in den Bannkreis des flutenden, nimmer ruhenden Weltgeschehens einbezieht.

Als Heinrich Hertz in den Jahren 1886 bis 1889 durch seine scharfsinnigen Laboratoriumsversuche den Grundstein zur Hochfrequenztechnik legte, erschien das zunächst lediglich als eine Angelegenheit der wissenschaftlich interessierten Welt. Nichts Geringeres war ihm gelungen, als den experimentellen Nachweis der von dem englischen Physiker Maxwell 1869 aufgestellten elektromagnetischen Lichttheorie geführt zu haben. Optik und Elektrotechnik wurden als verwandte Gebiete erkannt; ein neuer Schritt auf dem Wege der Zusammenfassung war auf dem Gebiete der Naturwissenschaften gelungen. Das Ergebnis dieser Forschungen wurde nicht geringer eingeschätzt, als man es in unsern Tagen im Hinblick auf die Atomforschung tut, die die gemeinsame Basis der Physik und Chemie aufzeigt, also Gebiete vereinigt, die man früher streng getrennt zu betrachten gewohnt war.

Hertz hatte für seine Versuche kurze Wellen von 0,6 bis 6 Meter benutzt. Als "Sender" diente ihm ein Funkeninduktor, der besonders kräftige elektrische Funken liefert, als Empfänger ein kreisförmig gebogener Draht, dessen Enden mit je einer Kugel versehen waren und so eine kleine Funkenstrecke bildeten. Mit Hilfe dieser im Grunde einfachen Voräte konnte er den Nachweis führen, dass Sender und Empfänger aufeinander abgestimmt sein mussten. Er konnte weiter feststellen, dass die Fortpflanzungsgeschwindigkeit der elektromagnetischen Wellen genau so gross wie die des Lichtes ist, nämlich 30 000 Kilometer in der Sekunde. Das sind Erkenntnisse, die heute kaum einem aufgeweckten Jungen imponieren, da sie ihm als selbstverständlich erscheinen. Wenn er im Kopfhörer oder Lautsprecher das Schnurren der elektrischen Klingel hört, die irgendwo im Hause ertönt, dann weiss er, dass er elektromagnetische Wellen hört, die mit Lichtgeschwindigkeit zu ihm eilen. Aber gerade diese Tatsache zeigt, wie schnell in unsrer Zeit Erkenntnisse Allgemeingut werden. Sie lässt aber auch erkennen, welches rasende Tempo die Funktechnik von der ersten wissenschaftlich-theoretischen Erkenntnis bis zur praktischen, die ganze Welt umspannenden Anwendung eingeschlagen hat. Gewaltige Industrien sind auf den Forschun-

gen aufgebaut worden, die Heinrich Hertz abseits vom brausenden Tagesgetriebe durchgeführt hat. Er selbst wurde damals schon von einem Ingenieur gefragt, ob er glaube, dass seine Forschungsergebnisse wohl als Ausgangspunkt für eine Erweiterung der Nachrichtentechnik dienen könnten. Hertz glaubte das damals mit der echten Bescheidenheit, die einem ernstesten Forscher ziemt, verneinen zu müssen.

Und nun beginnt ein neckisches internationales wissenschaftliches Spiel, in dem sich die Forscher der verschiedensten Nationen die Bausteine zuwerfen, die sich zum Aufbau eines neuen, die Erde bis zu den Grenzen der Stratosphäre umfassenden technischen Gebäudes eignen. Der Franzose Branly benutzt den bereits 1879 von dem englischen Physiker David Edward Hughes konstruierten Fritter zur Feststellung der elektrischen Wellen. 1895 arbeitet der Russe Popoff mit diesem Fritter und verwendet bereits eine Antenne. 1896 experimentiert der junge italienische Ingenieur Marconi auf der Reede von Spezia mit einer Anlage, die mit Induktor, Fritter, Morsegerät und Antennen ausgerüstet ist. Es gelingt ihm, drahtlos eine Entfernung von drei Kilometern zu überbrücken. Der erfolgreiche junge Mann verbindet mit einem klaren technischen Verstand auch einen guten geschäftlichen Sinn. Er meldet seine Versuchsordnung zum Patent an. Im Mai 1897 wird dieses Patent die Grundlage für die Bildung der Marconi-Gesellschaft, nachdem Marconi im März des gleichen Jahres eine Strecke von 8 km überbrückt hatte. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der englische Ingenieur William Henry Preece bereits 1892 die elektrodynamische Induktion für die Zwecke der drahtlosen Telegraphie verwendet hat. Seit 1896 sind auch Professor Slaby und Graf Arco in Deutschland eifrig mit der Durchbildung eines eigenen Funksystems beschäftigt. Im Juni 1897 gelingt es ihnen, eine Funkverbindung zwischen der Technischen Hochschule und der chemischen Fabrik von Behringer in Berlin über eine Strecke von einem halben Kilometer herzustellen. Bald darauf werden die berühmten Versuche zwischen der Sakrower Heilandskirche und der Potsdamer Matrosenstation durchgeführt, bei denen es gelingt, Entfernungen bis zu drei Kilometern zu überbrücken. Im Oktober desselben Jahres kommt schon eine Verbindung von 21 Kilometern zustande. Inzwischen hatten auch die Versuche des Strassburger Professors Braun, der die induktive Koppelung fand, zu einem bemerkenswerten Erfolge geführt, der die Gründung einer Gesellschaft zur Ausnutzung dieses Systems nach sich zog, die Siemens und Halske nahestand, während die Arbeiten Slabys und Arcos von der AEG verwertet wurden. Beide Gesellschaften vereinigten sich am 17. Mai 1903 zur Telefunkengesellschaft, die auf dem Gebiete der drahtlosen Nachrichtenübermittlung führend wurde.

Es sollen hier nicht mehr die unendlich vielen Arbeiten aufgezeigt werden, die zur Verbesserung der ersten Funkeinrichtungen geführt haben. Es möge genügen, auf die Durchbildung der Elektronenröhre hinzuweisen, die sowohl auf der Sende- wie auf der Empfangsseite verwendet wird, auf die Hochfrequenzmaschinen sowie auf die Ausbildung der Kurzwellentelegraphie und -telephonie mit gerichteten Wellen. Forscher wie Poulsen, Fessenden, Alexanderson, Wien, Meissner, Schlömilch, Rukop, Lee de Forest, Lieben, Wehnelt und andere haben sich mit ihren Erfindungen Namen gemacht, die unauslöschbar mit der Geschichte der Funktechnik verbunden sind. Heute umspannt die Funktechnik die Erde. Kein anderer Zweig der Technik kann sich rühmen, jemals so volkstümlich geworden zu sein. Nie sind technische Kenntnisse in so hohem Masse Allgemeingut geworden wie in der Zeit des Funkwesens.

Sieben Jahre nach dem Abschluss der Hertzschen Versuche begann ihre praktische Anwendung. 13 Jahre später wird der Atlantische Ozean drahtlos überbrückt. 15 Jahre später spielt die Funktelegraphie zum ersten Male in einer Seeschlacht eine Rolle. Die Japaner verwenden sie bei Tscheschima gegen die Russen. Im Sommer 1921 wird in Pittsburg der erste Rundfunksender der Welt eröffnet. Wenige Jahre später ist der Rundfunk unentbehrliches Kulturgut geworden. So ist der Keim, den Heinrich Hertz durch seine Arbeiten legte, zu einem Meer von Blüten geworden. Der Sämann aber ging vor dem Emporblühen zur Ruhe. Heinrich Hertz starb bereits -noch nicht 37 Jahre alt- am ersten Tage des Jahres 1894.

Willy Mobus.

Die Kalverstraat.^x

SPD. Die Kalverstraat in Amsterdam ist eine der grossen historischen Strassen Europas, wengleich auch der Fremde, der sie zuerst betritt, anfangs etwas enttäuscht von ihr ist. Wer die breite Friedrichstrasse oder gar die Linden in Berlin kennt, wer den Boulevard des Italiens und den Boulevard des Capucines in Paris entlanggelaufen ist, oder wer das brausende Leben in der wuchtigen Oxfordstreet in London bewundert hat, der kann zunächst kaum glauben, dass diese schmale Gasse zwischen hohen Geschäftshäusern die viel genannte Amsterdamer Kalverstraat ist.

Der Name der Strasse, die in prosaischem Hochdeutsch Kälberstrasse heisst, führt in eine uralte Zeit zurück. Bevor der geniale Städtebauer Hendrick de Keyzer in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts seinen prächtigen Grachtengürtel in Form fünf halbmondförmiger Kanäle mit Auslauf zum Y-Busen um die alte Stadt zog, war die heutige breite Avenue Nieuwezijds Voorburgwal, die das Grachtenviertel nach Westen hin von der eigentlichen Stadt scheidet, das Ende der Stadt. Auch hier gibt die deutsche Uebersetzung des holländischen Strassen Namens Aufschluss, denn diese ständig belebte Verkehrsader heisst nicht anders als Neue Seite Vorstadtwall. Konnte es da wundernehmen, dass in der Kalverstraat viele kleine Ackerbürger wohnten, die ausserhalb des Walles ihre Weiden hatten, auf die sie innerhalb der Stunden, in denen die Stadttore geöffnet und die über den Wall führenden Zugbrücken niedergelassen waren, ihre Kälber und Kühe hinaustreiben konnten. In den fernen Tagen des alten burgundischen Reiches, zu dem auch die Niederlande gehörten, bot die Kalverstraat noch ein idyllisch ländliches Aussehen, und manche moderne Dorfstrasse würde einen sauberen Eindruck machen.

Als im Beginn des 17. Jahrhunderts die Einwohnerzahl der Stadt schnell von 30 000 auf mehr als 100 000 stieg und sie die Hauptstadt der jungen Republik der Vereinigten Niederlande wurde, rückte mit der grossen Stadterweiterung auch die Kalverstraat ins Zentrum. Die kleinen Ackerbürger verschwanden; sie siedelten sich an der neuen Peripherie der Stadt an. Dafür kamen in die Kalverstraat Geschäftshäuser und grosse Herbergen, die Vorläufer der heutigen Hotels. Damals hätte die Möglichkeit bestanden, die Strasse ohne zu grosse Kosten zu verbreitern, aber der immer noch bescheidene Strassenverkehr bot dem Gemeinderat jener Tage keine Veranlassung, mit den Verkehrsmöglichkeiten einer Dreiviertelmillionenstadt des 20. Jahrhunderts zu rechnen. Dennoch stammt aus jenen Tagen der historische Ruf der Kalverstraat, während die früher so wichtige Warmoesstraat mehr und mehr an Bedeutung verlor. Wer als Fremder damals in Amsterdam logierte, der musste in der Kalverstraat wohnen. Hier in den grossen Bierhäusern bildete sich der Treffpunkt für Fremde und Einheimische heraus, wo zahlreiche Geschäfte im handumdrehen abgeschlossen wurden.

Die Strasse hat diesen Ruf auch nach den grossen städtebaulichen Veränderungen in Amsterdam in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts bewahrt. Damals begann man mit dem Trockenlegen von Grachten, die sich zu Verkehrshindernissen ausgewachsen hatten. Der bereits erwähnte Nieuwezijds Voorburgwal in unmittelbarer Nähe der Kalverstraat, der ihr parallel verläuft, wurde ebenso wie das Damrak mit dem östlich der Kalverstraat mit dieser parallel laufenden Rokin, zu dessen Trockenlegung demnächst übergangen werden soll, zu Hauptstrassen ausgebaut. Dennoch behauptete sich bis heute die Kalverstraat, in der sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts zahlreiche grosse Kaufhäuser niederliessen. Dazwischen sind an die Stelle der grossen Gasthäuser moderne Hotels getreten. Aber noch immer flutet nach Ablauf der nahe gelegenen Börse das Leben der handeltreibenden hierhin, und zahlreiche Geschäfte werden auch heute noch in der altherwürdigen Kalverstraat abgeschlossen.

Es spricht für den demokratischen Sinn Amsterdams, dass seine Hauptstrassen nicht nach Fürsten und zweifelhaften Kriegshelden heissen, sondern immer

noch ihre Namen aus alter Zeit in Ehren tragen. Neue Zentren grosstädtischen Lebens haben sich neuerdings auch in Amsterdam fern der vornehm-stolzen Kalverstraat mit ihren alten Traditionen herausgebildet, aber die Kalverstraat ist uns heute geliebt, was sie seit Jahrhunderten war, eine der Hauptschlagadern ureigensten Amsterdamer Lebens.

Otto Burgemeister (Amsterdam).

Berliner Theater.

SPD. Aus Berlin wird uns geschrieben: Es ist ein Zufall von fast symbolischer Bedeutung, dass in den Anfang des Jahres 1932 das Goethe-Jubiläum und in das Ende die Feier des 70. Geburtstages Gerhart Hauptmanns fällt - zwei Ereignisse, die die Spielpläne der deutschen Theater in diesem Jahre massgebend beeinflussen. So verschieden diese beiden Dichter sind, so lassen sich zwischen ihnen doch auch Parallelen ziehen, die freilich nicht die künstlerische Eigenart, sondern Äusserlichkeiten, bürgerliche Erscheinung und gesellschaftliche Formen betreffen. Immerhin: Hauptmann ist nun einmal heute der berühmteste lebende deutsche Dichter, und für einen neuen Goethe ist unsere Zeit offenbar nicht reif. Hauptmanns Entwicklung und seine Einstellung zum sozialen und literarischen Ringen unserer Zeit ist ähnlich verlaufen wie der Werdegang des Stürmers und Drängers Goethe zum reaktionären, mit irdischen Gütern reich gesegneten, dem Volkselend entfremdeten Geheimrat. Und doch ist da ein grundlegender Unterschied. Goethes dichterische Vervollkommnung und gedankliche Vertiefung ist bis in sein letztes Lebensjahr, das erst die Vollendung des zweiten Teiles des "Faust" brachte, fortgeschritten. Hauptmanns Ruhm als Bühnendichter beruht dagegen fast ausschliesslich auf Werken, die heute schon mindestens dreissig Jahre alt sind. Abgesehen natürlich von seinem jüngsten, zumindest mit dem Reiz der Neuheit behafteten Werke "Vor Sonnenuntergang" und vielleicht noch zwei, drei Ausnahmen, die auch nur die Regel bestätigen, wird Hauptmann durchweg durch Aufführungen von Werken geehrt, die schon um die Jahrhundertwende entstanden sind. Selbst verhältnismässig wenige Literaturkundige werden von Stücken wie "Der Bogen des Odysseus", "Winterballade", "Indipohdi", "Veland" überhaupt die Titel kennen. Nicht der siebzigjährige, sondern der vierzigjährige Hauptmann wird immer noch gefeiert. Der siebzigjährige Hauptmann hat sich überlebt, und fast erscheinen auch seine besten Werke nicht mehr ganz von der gleichen Frische wie etwa die Werke eines Ibsen.

Nachdem kürzlich das "Deutsche Künstlertheater" den "Biberpelz" neu herausgebracht hat, beschert uns die "Volksbühne" den "Fuhrmann Henschel". Karlheinz Martin führt - wie schon im verflossenen Herbst im Wiener Burgtheater - die Regie, und Emil Jannings und Margarete Melzer verkörpern die Hauptrollen. Das verbürgt eine Aufführung, die eine erquickende Oase in der Wüste des gegenwärtigen Berliner Theaterlebens darstellt.

Von den Neuheiten, die wir in den letzten Wochen kennen lernten, ist nur der im "Deutschen Theater" aufgeführte "Timon" von Ferdinand Bruckner zu nennen. Bruckner hat Shakespeares Alterswerk "Timon von Athen" völlig neu gestaltet. (Solche Anlehnungen sind freilich, wenn man nicht selber ein Shakespeare ist, doch immer bedenklich.) Das Thema vom enttäuschten Menschenfreunde hat Bruckner durch scharfe Herausarbeitung des Gegensatzes zwischen geistiger Friedensarbeit und kulturzerstörendem nationalem Kriegswahnsinn aktualisiert, und er hat die gedankliche Auseinandersetzung so ernsthaft, so treffend und eindringlich durchgeführt, dass man immer gefesselt und nachdenklich gestimmt bleibt. Nur leider hat er dieser gedanklichen Vertiefung die dramatische Motivierung und Spannung geopfert, mit der uns Shakespeare immerhin im zweiten und dritten Akte und auch am Schlusse seines Werkes, den Bruckner ganz umgebogen hat, mit-

reisst. Auch der Verzicht auf die Kontrastierung Timons mit dem pessimistischen Philosophen Apemantus geschieht ebenso wenig zum Vorteil der Charakterisierung wie die stillfremde offenbachische Einlage eines Götterkonzils auf dem Olymp. Die einzige Szene von starker dramatischer Wirkung, in der Timon seine falschen Freunde aus seinem Hause hinauswirft, ist ganz Shakespeares Eigentum. So bleibt der Eindruck einer Fülle menschlich tiefer Einzelheiten, ohne dass man sich doch zuletzt, wenn der zum Menschenhasser gewordene Timon sich starrköpfig beim Einbruch der Mazedonier in das besiegte Athen unter den Trümmern seines zusammenstürzenden Hauses begraben lässt, eigentlich tragisch gepackt fühlte.

Auch die Opernkultur der Reichshauptstadt gibt Anlass zu mancherlei Bedenken. In der Staatsoper herrscht schon seit Jahren ein traditioneller Mangel an Unternehmungsgest und Zielbewusstsein. Nach der Uraufführung von Pfitzners "Herz", für die obendrein Furtwängler als Gastdirigent gewonnen worden war, hat man sich dort in den letzten Monaten mit Neueinstudierungen von Meyerbeers "Hugenotten" und der Operette "Die Geisha" begnügt. Klemperer durfte knapp ein halbes Dutzend Male Mozarts "Cosi fan tutte" dirigieren; dann verschwand diese ganz neu inszenierte köstliche Oper vom Spielplan, und Klemperer bleibt in der Staatsoper kaltgestellt. Rühmlicher und erfolgreicher wird von je her in der Städtischen Oper gearbeitet. Die letzte bedeutsame Leistung dieser Opernbühne war die ausgezeichnete Aufführung der Oper "Friedemann Bach" von Paul Graener, mit dem figürlich, darstellerisch und vor allem gesanglich hervorragenden lyrischen Tenor Hans Fidesser in der Titelrolle. Das Textbuch dieser Oper, das Rudolf Lothar in Anlehnung an den bekannten Roman von Brachvogel geschaffen hat, ist allerdings in seiner Gartenlaubenssentimentalität ziemlich unleidlich. Auch die Musik ist mehr akademisch gediegen als eigentlich von genialer Eingebung erfüllt, aber sie zeigt wenigstens eine sorgsam durchgeführte musikdramatische Linie, und aus der leichten Monotonie der Tonsprache des Komponisten heben sich auch ein paar hörenswerte Stellen heraus, wie etwa ein kurzes Trinklied im ersten Akt und eine reizvolle, flotte Ballettmusik und die Liebeslied-Variationen im zweiten Akt. Die beiden lyrischen Höhepunkte des Werkes freilich, die ganz aus dem Rahmender übrigen Partitur hinausragen, stammen nicht von Graener selbst. Das ist vor allem das herrliche Liebeslied "Willst du dein Herz mir schenken" des grossen Johann Sebastian Bach, daneben das Lied "Kein Hälmlin wächst auf Erden" von Friedemann Bach, dessen Wiederholung auch den unwahrscheinlichen, gefühlsweichlichen Schluss der Oper - den Tod des Titelhelden an der Kirchenorgel nach dem tragischen Wiedersehen mit der eben getrauten, ihm aber immer noch zugeneigten Geliebten - erträglich macht.

Bz.

SPD. Zurückgeschellter Giftpfeil.^x Der Antisemit Werner-Hersfeld war im Vorkriegsreichstag bei Abgeordneten und Journalisten als Alkoholfreund rühmlichst bekannt. Wenn er die Rednertribüne bestieg, war er nicht immer nüchtern. Boshafte Zungen behaupten sogar, er habe an solchen grossen Tagen sich vor seiner oratorischen Betätigung stets im Erfrischungsraum reichlich alkoholisch gestärkt.

Eines Tages spricht der Sozialdemokrat Zubeil zum Postetat. Werner hatte seinen polemischen Tag und liess die ganze Wucht seiner parlamentarischen Beredsamkeit gegen links prasseln. Dem Abgeordneten Zubeil rief er zu, er könne es nicht verstehen, wie ein Budiker von Beruf sich als Vertreter der Postunterbeamten aufspielen könne, da dieser doch die Not der Beamten nie am eigenen Leibe verspürt habe.

Zubeil meldete sich zur persönlichen Bemerkung: "Ich bestreite garnicht, dass ich einmal Gastwirt war. Aber ich musste meinen Betrieb einstellen, weil es bei den meisten meiner Arbeiter- und Beamtengäste zu einem Schnäpschen nicht mehr gereicht hat. Hätte ich auch nur einen solchen Kunden gehabt wie der Herr Kollegen Werner, dann wäre ich heute noch Budiker!"

Preussischer Landtag

275. Sitzung.

SPD. Berlin, den 17. Februar 1932

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die am Vortage begonnene Aussprache über die zu den Notverordnungen gestellten Anträge der Parteien beim Abchnitt Pädagogische Akademien und sonstige Schulangelegenheiten fort.

Abg. Dr. Bohner (Staatsp.) wendet sich gegen die Anschauung, dass die Frage des Lehrer-Nachwuchses und damit die der Pädagogischen Akademien nicht so dringlich sei, da noch zahlreiche unbeschäftigte Junglehrer vorhanden seien. Nach der bisherigen Entwicklung müsse man damit rechnen, dass schon in den allernächsten Jahren ein Mangel an Volksschullehrern auftreten werde, wenn nicht rechtzeitig für Nachwuchs gesorgt werde. Selbstverständlich sei die Herabsetzung des Schulgeldes an den höheren Schulen dringend erwünscht, doch müsse man auch daran denken, wo der Staat den durch eine Senkung des Schulgeldes entstehenden Ausfall decken solle.

Abg. Prelle (Dt.-Hann.) erklärt gegenüber dem Vorredner, dass der Staat die Eltern nicht gefragt habe, ob sie auch imstande seien, das hohe Schulgeld zu bezahlen. Man dürfe diese Angelegenheit nicht nur von dem Gesichtspunkt der Regierung betrachten. Der Redner fordert Aufrechterhaltung der Pädagogischen Akademie in Hannover. Es gehe nicht an, dass der gesamte niedersächsische Kulturkreis ohne jede Volksschullehrer-Bildungsstätte sei.

Ein Regierungsvertreter erinnert daran, dass die Regierung schon im Ausschuss erklärt habe, die hannoversche Akademie bei einer Erleichterung der jetzigen finanziellen Lage wieder eröffnen zu wollen. Was die Vorwürfe wegen der Art der Entlassungen bei den Akademien, besonders auch im Osten, anlange, so habe man nicht allein regionale Gesichtspunkte für die Auswahl entscheidend sein lassen können. Unzutreffend sei der Vorwurf, dass parteipolitische Erwägungen beim Abbau der Lehrkräfte an den Pädagogischen Akademien massgebend gewesen seien.

Abg. Dr. Lauscher (Ztr.) bezeichnet es als unverständlich, dass die Deutschenationalen jetzt die Aufrechterhaltung weiterer evangelischer Akademien verlangten, während sie die Pädagogischen Akademien als solche rundweg abgelehnt hätten. Unberechtigt sei der Vorwurf der konfessionellen Imparität zugunsten der Katholiken. Wenn man jetzt die Schliessung einiger Akademien ablehne, komme man in die Gefahr, im Jahre 1933 aus finanziellen Gründen vielleicht alle Akademien schliessen zu müssen.

Abg. Koch (Dnat.) tritt für die Erhaltung des staatlichen Schiller-Theaters in Berlin ein. Die jetzigen Einschränkungen auf den Gebieten der Schule, der Theater usw. seien nur deshalb notwendig geworden, weil man seit 14 Jahren die bewährte altpreussische Tradition der Sparsamkeit und der Vernunft verlassen habe. (Lärm b.d. Soz. und Zuruf: "Hetzapostel!" - Ein Sozialdemokrat wird zur Ordnung gerufen).

Abg. Erhr. v. Wangenheim (Dt.-Hann.) nimmt gegen die beabsichtigte Schliessung des Staatstheaters in Kassel Stellung. Die von der Regierung dem Hauptausschuss zu dieser Frage eingereichte Denkschrift sei unvollständig. Tatsächlich bestehe die Verpflichtung des Preussischen Staates, das Theater aufrecht zu erhalten.

Abg. Stendel (DVP) unterstützt die Forderung auf Weitergewährung der Zuschüsse für die Theater in Kassel und Wiesbaden. Wenn man Millionen zur Unterstützung der Staatstheater in der Reichshauptstadt gebe, so werde man wohl auch die bedeutend geringeren Zuschüsse für die Aufrechterhaltung der staatlichen Theater in Wiesbaden und Kassel übrig haben. Auch dieser Redner tritt nachdrücklich für die Erhaltung der Pädagogischen Akademie in Hannover ein.

Abg. Simon-Neusalz (Soz.) unterstreicht die Ansicht des Zentrumsredners,

dass die Idee der neuen Lehrerbildung erhalten werden müsse. Die Simultanakademie in Frankfurt/Main müsse erhalten bleiben.

Es folgt die Aussprache über den Abschnitt Verwaltungsreform.

Abg. Werdes (Landvolk) fragt, ob die Gerüchte über einen restlosen Abbau der Gestüte richtig seien. Dagegen würde sich das Landvolk mit allen Kräften wehren.

Abg. Stendel (DVP.) sieht in den Ankündigungen einer Verwaltungsreform leere Deklamationen. Man habe damit unnötigerweise grosse Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen.

Abg. Rhiel-Fulda (Ztr.) bittet das Justizministerium, die Frage der Zusammenlegung von Amtsgerichten noch einmal zu prüfen. Der Redner weist auf die Schwierigkeiten hin, die bei der Zusammenlegung vielfach entstehen müssten, da die Verbindungen mit den Kreisstädten draussen im Lande nicht so gut seien, wie beispielsweise im Industriegebiet.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Dt. Hann.) bestreitet, dass durch die Zusammenlegung von Kreisen, namentlich in Hannover, wesentliche Ersparnisse erzielt werden könnten. Zunächst sei eine Reichsreform erforderlich.

Abg. Haase-Liegnitz (W.P.) betont, dass unter der Zusammenlegung von Kreisen besonders die Grenzbevölkerung des Ostens zu leiden haben werde und ersucht die Regierung um Auskunft, wieweit Kreise in Schlesien von den Massnahmen betroffen würden.

Abg. Barteld (Staatsp.) wirft der Deutschen Volkspartei vor, die Verwaltungsreformpläne vereitelt zu haben, als sie im Laufe der letzten Jahre auf parlamentarischem Wege verwirklicht werden sollten. Bei dieser Einstellung dürfe sie sich über das jetzige Vorgehen der Regierung nicht wundern. Bei der Zusammenlegung von Kreisen, Amtsgerichtsbezirken usw. müsse man weitgehend auf die Interessen der Bevölkerung Rücksicht nehmen.

Beim Abschnitt öffentliche Fürsorgeleistungen nimmt Abg. Kloft (Ztr.) entschieden gegen eine weitere Kürzung der Unterstützungssätze Stellung. Wenn jetzt z.B. eine erwachsene Person 36 Mark monatlich erhalte, so reiche das nur noch zum Vegetieren. Die Gemeinden müssten in den Stand gesetzt werden, ihre Fürsorgeleistungen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

Der Abschnitt Gewerbeaufsichtsämter und Bergreviere gab

Abg. Frau Hanna (Soz.)

Gelegenheit, kommunistische Angriffe wegen der sozialdemokratischen Haltung zum Abbau von Bergaufsichtsämtern zurückzuweisen. Die Sozialdemokraten seien der Ansicht, dass nicht die Zahl der Aufsichtsinstanzen den Arbeiterschutz gewährleiste, sondern die Zahl der zur Verfügung stehenden Kontrollbeamten und die Art der Handhabung der Kontrolle. Zwar reiche die Zahl der Kontrollbeamten jetzt für einen Arbeiterschutz, wie ihn die Sozialdemokraten wünschten, nicht aus, doch sei es gegenwärtig unmöglich, eine höhere Zahl durchzusetzen.

Abg. Frhr. v. Wangenheim (Dt. Hann.) verwahrt sich dagegen, dass man im Oberharzer Bergbau Abbaumassnahmen durchführen wolle, da die Bevölkerung dieses Gebietes sich schon ohnehin in einer grossen Notlage befindet. -

Beim Abschnitt Kulturbauämter ergibt sich eine längere Aussprache.

Abg. Diel (Ztr.) hält die Auflösung der Kulturbauämter für eine technische Frage. Auf keinen Fall dürfe sie einen Verzicht auf die sachlichen Aufgaben der Kulturbauämter bedeuten.

Abg. Weisgermel (Dnat.) vermisst eine Regierungserklärung über die durch die Aenderung der Behördenorganisation erwarteten Ersparnisse.

Abg. Schiftan (DVP.) weist darauf hin, dass Friedrich der Grosse in richtiger Erkenntnis wirksamer Sparmassnahmen gerade Geld in Landesmeliorationen eingesteckt habe, während der neue Staat auf die Erträge solcher Investitionen verzichten wolle. - Weiterberatung Donnerstag.